Donnerstag, den 16. April 1925. Einzelnummer 10 Goldpfennige 36. Jahrgang. — Nr. 88

Volkswacht

für Schlesien

Bezugspreis: Die „Volkswacht" erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Haupt-Expedition: Flurstraße 4/6, durch die Geschäftsstelle der „Volkswacht", Neue Graupenstraße Nr. 5, durch die Zweigstelle, Zigarrengeschäft Reichelt Matthiasstraße 140, sowie durch alle Austräger zu beziehen. Postpreis freibleibend! Bezugspreis im voraus zu entrichten wöchentlich 0,40 Goldmark, monatlich 1.70 Goldmark. Durch die Post frei ins Haus 2,06 Goldmark.

Organ für die werktätige Bevölkerung

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2

Fernsprech-Anschlüsse: Geschäftsstelle Ring 1206, Redaktion Ring 3141.
Postscheck-Konto: Postscheck-Amt Breslau Nr. 5852.

Anzeigenpreis: Je Millimeter für geschäftliche Anzeigen aus Schlesien 12 Pf. auswärts 15 Pf. Anzeigen unter Text 60 Pf. Stellenangebote 10 Pf., Familienanzeigen, Stellengesuche, Vereins-, Versammlungs- und Wohnungs-Anzeigen 8 Pf. Kleine Anzeigen pro Wort 3 Pf., das fette Wort 4 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis vormittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition Flurstraße 4/6 oder in den Zweigstellen abgegeben werden.

Wahlaufruf der Gewerkschaften.

Arbeiter, Angestellte, Beamte!

Die Wahl des Reichspräsidenten macht ein klares, eindeutiges Bekenntnis zum sozialen und demokratischen Volksstaat erforderlich.

Monarchie oder Republik,
absolutistischer Obrigkeitsstaat oder Volksherrschaft,
Militarismus oder Völkerversöhnung,

das sind die Fragen, die das werktätige Volk am 26. April zu entscheiden hat. Der sogenannte Reichsblock, der vom Reichslandbund und vom Reichsverband der deutschen Industrie getragen wird, ist für die furchtbare Not und das große Elend der Inflationsjahre verantwortlich. Er hat die Aussichtslosigkeit seines ersten Kandidaten Jarres erkannt. Es ließen sich mit seiner Kandidatur keine partei-politischen Geschäfte machen. So ist der Reichsblock auf den überschlauen Gedanken verfallen, **Hindenburg** als Kandidaten aufzustellen, einen Mann, der in richtiger Selbsterkenntnis bisher nie den Anspruch erhoben hat, eine politische Rolle zu spielen, einen Mann, dessen ehrwürdiges Alter ihn davor schützen sollte, ein Opfer der Ratlosigkeit angeblich nationaler Parteien zu werden.

Diese Spekulation auf den Namen Hindenburg dient nur dem Zweck, hinter einer scheinbar überparteilichen Kandidatur zu verbergen, was der Reichsblock beabsichtigt: **die Vorherrschaft der wirtschaftlichen und politischen Reaktionäre,** die diese Schiebung zustandegebracht haben, die Festigung ihres unkontrollierbaren Einflusses auf die Führung der Reichsgeschäfte. Denn darüber kann kein Zweifel bestehen, daß **Hindenburg nur dem Namen nach Präsident** des Reiches sein soll. In Wahrheit wäre die Führung des Reiches den geschworenen Gegnern seiner Verfassung überantwortet, die jede sich ihnen bietende Gelegenheit benutzen würden, anstelle der demokratischen Republik das alte Herrschaftssystem wieder aufzurichten und die Rechte der Arbeitnehmer zu beseitigen, die in mühevollen Kämpfen den Feinden ihres Aufstiegs abgerungen wurden.

Für die Gegner der Republik ist gerade Hindenburg der geeignete Mann. Schon während des Krieges hat er sich von Ludendorff, Tirpitz und den übrigen Kriegsverlängerern dazu mißbrauchen lassen, alle Maßnahmen mit seinem Namen zu decken, durch die das deutsche Volk in das tiefste Elend gestürzt wurde.

In diesem Kampf kann es für die in den Gewerkschaften zusammengeschlossenen Arbeitnehmer keinen Zweifel geben, daß sie dem dreisten Versuch des Reichsblockes und seiner Mitläufer, sich der Führung der Republik zu bemächtigen und auf Schleichwegen die Verfassung nach ihren Wünschen umzugestalten, einmütigen Widerstand entgegensetzen müssen. Die Gewerkschaften haben sich bei mehr als einer Gelegenheit in den letzten krisenreichen Jahren als Verteidiger der Republik, als Hüter der Einheit des Reiches, als mächtige und zielbewußte Schützer der Demokratie bewährt. Sie dürfen auch in dieser entscheidenden Stunde nicht versagen. Die demokratischen Einrichtungen der Deutschen Republik sind die Grundlagen einer besseren Zukunft für das arbeitende Volk, an ihnen darf nicht gerüttelt werden.

Die Mitglieder der Gewerkschaften werden nicht dulden, daß an die Spitze des Reiches ein Repräsentant jener Parteien tritt, die ausschließlich Unternehmerinteressen vertreten und ihre Machtstellung im wirtschaftlichen und politischen Leben zu verstärken trachten. Die Gewerkschaften rufen deshalb ihre Mitglieder auf, sich **geschlossen für**

Wilhelm Marx,

den Kandidaten der republikanischen Parteien, einzusetzen.

Arbeiter, Angestellte, Beamte! Ihr habt die Macht, die Pläne der Reaktion zum Scheitern zu bringen! Denkt an den Weltkrieg und seine entsetzlichen Folgen! Denkt an die Millionen von Toten, Krüppeln, Witwen und Waisen! Denkt an die sinnlose Zerstörung von Kultur und Wohlstand! Wie viele dieser Opfer wären den Völkern erspart geblieben, wenn sie sich rechtzeitig von dem verhängnisvollen Einfluß der Militaristen freigemacht hätten.

Im Kampfe gegen den Imperialismus, gegen die Vorherrschaft des Unternehmertums und seiner politischen Hilfstruppen, im Kampfe für die politische und wirtschaftliche Freiheit, **ist es eine Pflicht der Selbsterhaltung aller Gewerkschaftler, am 26. April**

gegen Hindenburg — für Wilhelm Marx

zu stimmen.

Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund.
Graßmann.
Allgemeiner freier Angestelltenbund.
Aufhäuser. Stähr.
Allgemeiner Deutscher Beamtenbund.
Falkenberg. Kotzur.

Fort mit dem Rechtskurs!

Die Aufgabe bei der Reichspräsidentenwahl.

Von Dr. Paul Hertz, M. d. R.

Seit dem Zusammenbruch der Großen Koalition im Reich hat die Deutsche Volkspartei nur das eine Ziel erstrebt: alle bürgerlichen Parteien zu einem einheitlichen Block gegen die Arbeiterklasse und die Sozialdemokratie zusammenzuschließen. Trotzdem nach den Maiwahlen an der Futterkrippenpolitik der Deutschnationalen und an ihrer Ablehnung jeder vernünftigen Außenpolitik scheiterte, wurde es im Herbst 1924 erneut versucht. Man hoffte, die Deutschnationalen dadurch zur politischen Verantwortung erziehen und der Deutschen Volkspartei dauernd die Führung der deutschen Politik sichern zu können.

Vor allem aber war es die Absicht, bei der Neuordnung der wirtschaftlichen und finanziellen Grundlagen Deutschlands den Einfluß der Arbeiterklasse vollkommen auszuschalten. Nie ist diese Absicht so deutlich verkündet worden, wie von Stresemann, der am 26. Dezember 1924 im „Hamburger Fremdenblatt" schrieb:

„Die großen Fragen wirtschaftlicher Natur, die jetzt bei den internationalen Handelsverträgen zu lösen sind, und auch die Fragen der Steuerreform, die eine Entlastung der Wirtschaft bringen muß, sind bei der dogmatischen Einstellung weiter sozialistischer Kreise mit einer sozialistisch-bürgerlichen Koalition nicht zu lösen."

Aehnlich hat sich Dr. Luther in der Programmerklärung der Rechtsregierung geäußert. Die Auffassung war also ganz allgemein, daß nur der Rechtsblock eine stabile, von einheitlichen Auffassungen getragene Regierung bilden könne, die den Neuaufbau der deutschen Wirtschaft erfolgreich vornehmen würde.

Noch keine drei Monate sind vergangen, und die Erkenntnis wächst von Tag zu Tag, daß **Stresemanns und Luthers Absichten gescheitert sind.** Kaum jemals zuvor waren die Gegensätze unter den Regierungsparteien so groß wie jetzt. Der Traum, die Deutschnationalen zur Verantwortung zu erziehen und der Deutschen Volkspartei die Führung im politischen Leben zu verschaffen, ist ebenso erledigt, wie die Hoffnung, Wirtschaftspolitik gegen die Arbeiterklasse treiben zu zu können. Wenn es dafür überhaupt noch eines Beweises bedurft hätte, so hat sie die Absägung des Volksparteilers Jarres und die Ernennung des Deutschnationalen Hindenburg zum Präsidentschaftskandidaten geliefert.

Immer heftiger werden die Klagen innerhalb der Rechtsparteien über die **Versäumnisse der Rechtsregierung, insbesondere in der Wirtschaftspolitik.** Statt der erhofften Besserung des Wirtschaftslebens zeigt sich überall Stagnation, es droht eine weitere Verschärfung der Wirtschaftskrise. Die Handelsvertragsverhandlungen kommen nicht vom Fleck, da die kleine Zolltarifnovelle infolge des Drucks der Großagrarier immer noch nicht geboren ist. Der einzige zustande gekommene Vertrag mit Spanien ist an der agrarischen Demagogie gescheitert. Der Finanzausgleich zwischen Reich, Ländern und Gemeinden ist vertagt. Das Besoldungssperrgesetz bleibt aufrecht erhalten. Die Steuergesetze finden wegen ihrer unsozialen Gesinnung überall heftigste Ablehnung. Die Aufwertungsgesetze haben die Empörung aller Gläubiger verstärkt.

In der Außenpolitik sieht sich die Rechtsregierung ebenfalls der stärksten Gegnerschaft der größten Regierungspartei gegenüber. Die Regierung bemüht sich um den Eintritt in den Völkerbund und den Abschluß des Sicherheitspaktes. Die Deutschnationalen beschuldigt sie deswegen des Landesverrats und der Versklavung Deutschlands.

Nichts hat die Regierung bisher geleistet.

Leistungen für das deutsche Volk sind auch in Zukunft nicht von ihr zu erwarten. Die inneren Gegensätze unter dem Bürgertum, die mangelnde Verantwortung gegenüber dem Volksganzen, der Druck kleiner Kreise der Großindustrie und der Junker nach hemmungsloser Bereicherung verhindern sie. Die Enttäuschung der betörten Massen des Volkes wächst zusehends. Die Sozialdemokratische Partei hatte daher gar keine Veranlassung, bei der Kandidatenschaft des Herrn Marx an das Zentrum die formelle Bedingung zu stellen, die Rechtsregierung im Reich zu sprengen. **Der Rechtsblock gräbt sich selbst das Grab.** Und bei der Präsidentschaftskandidatur war nur die eine zugleich wichtigste Aufgabe gestellt, zu verhindern, daß der Rechtsblock durch eine falsche Taktik der Sozialdemokratie künstlich am Leben erhalten wurde.

Französisches Kabinett Painlevé-Herriot-Caillaux mit Unterstützung der Sozialisten?

Paris, 15. April. (Eigener Drahtbericht. Painlevé, der Kammerpräsident von der äußersten bürgerlichen Linken, hat im Laufe des Mittwoch zahlreiche Unterredungen mit Führern der vier Parteien des Linksblocks gehabt und daraufhin am Nachmittag den Auftrag zur Bildung des Kabinetts angenommen. Da der Nationalrat der Sozialistischen Partei die Beteiligung an einem bürgerlichen Ministerium endgültig abgelehnt hat, wird sich das neue Kabinett in gleicher Weise wie das Kabinett Herriot aus Politikern der drei bürgerlichen Gruppen des Kartells zusammensetzen. Trotz der ablehnenden Haltung, die Herriot am Dienstag eingenommen hat, glaubt man in parlamentarischen Kreisen Grund zu der Annahme zu haben, daß er doch noch das Auswärtige Amt übernehmen wird. Für das Gerücht, daß Painlevé die Absicht habe, Caillaux, den schärfsten Kopf der bürgerlichen Linken, als Finanzminister in das Kabinett aufzunehmen, war bis Mittwoch abend eine Bestätigung nicht zu erlangen.

Die vom Nationalrat der Sozialistischen Partei am Mittwoch auf Antrag des Genossen Marquet einstimmig angenommene Entschließung hat folgenden Wortlaut: Der Nationalrat der Sozialistischen Partei billigt die Durchführung, welche die Beschlüsse der Partei durch den Verband unserer Parlamentsfraktion erfahren haben. Durchdrungen von dem außergewöhnlichen Ernst der augenblicklichen politischen und finanziellen Lage ist der Kongreß der Auffassung, daß das Aktionsprogramm, das die Partei nach den Wahlen vom 11. Mai beschlossen hat, in Kraft bleiben muß und daß demgemäß die Partei die Politik der Unterstützung jeder Regierung gegenüber fortzusetzen die Pflicht hat, welche die von der Partei seit zehn Monaten aufrichtig geförderte Politik weiterzuführen entschlossen ist. Der Kongreß beauftragt die Parlamentsfraktion und den Vorstand, in engster Fühlungnahme mit dem französischen Gewerkschaftsbund die politische Entwicklung wachsam zu verfolgen und nach den Beschlüssen des Parteitages vom Juni 1924 im Interesse der Partei der Arbeiterklasse und des Landes zu handeln in Erwartung des Zusammentritts eines neuen Parteitages. — Der Nationalrat beauftragt eine Kommission, zusammengesetzt aus den Genossen Paul Faure, Leon Blum, Renaudel, Auriol, Frossard und Burenne, eine an das Land zu richtende Erklärung zu entnehmen.

Vandervoldes Koalitionsverhandlungen.

Brüssel, 15. April. (Eigener Drahtbericht.) Genosse Vandervelde hatte im Laufe des Mittwochs Besprechungen mit dem Führer der flämisch-katholischen Demokraten, dem Antwerpener Bürgermeister van Cauwelaert und dem liberalen flämischen Demokraten, dem früheren Kolonialminister Franck, ohne ihnen jedoch einen Ministerposten anzubieten. Beide erklärten, sich erst mit ihrer Parteigruppe beraten zu wollen. Ferner hatte Vandervelde eine Aussprache mit dem liberalen Justizminister Masson und dem christlichen Arbeitsminister Tschoffen. Wie zu erwarten war, gestalteten sich diese Verhandlungen Vandervoldes mit den bürgerlichen Politikern ziemlich schwierig.

Eine Auslandsstimme für Hindenburg

hilft endlich der in Verlegenheit geratenen Rechtsblockpresse, die einem großen Teil ihrer Leser die Minderbewertung aller deutschen Papiere an der Londoner Börse nach der Aufstellung des Generalfeldmarschalls und die neuen Hoffnungen aller Deutschenfeinde im Auslande nicht verheimlichen konnte. Mussolini hat einige sympathische Worte für den alten General geäußert. Seine Bestrebungen zur „Ueberwindung" der Demokratie würden natürlich in der Niederlage der deutschen Republik eine gewisse Ermutigung erfahren. Gegen ein unbeliebtes Deutschland lassen sich auch die italienischen Wünsche der Verbindung von Reparationsfrage und interalliierter Schuldenregelung sicherlich bequemer durchsetzen als gegen deutsche Verständigungspolitiker mit ihrem Rückhalt in anderen Ländern. Es sind also durchaus nicht deutschfreundliche Absichten, die Herrn Mussolini, den Vernichter des deutschen Schulwesens in Südtirol, bewegen.

Trotzdem ist die Rechtspresse glücklich. Während sie uns die Aufzählung der zahlreichen englischen, französischen, amerikanischen, belgischen, skandinavischen, holländischen und Schweizer Stimmen, der Drohungen aus Prag und Warschau und all der anderen Warnungen vor Hindenburg sehr übelnimmt, feiert sie die neue armen Worte Mussolinis in ganzen Leitartikeln. Daß die ganze italienische Oppositionspresse von den Republikanern bis zu den gemäßigten Liberalen der „Tribuna" ebenfalls vor Hindenburg gewarnt hat, daß die Politik Mussolinis nach einigen weiteren Fortschritten seiner häßlichen Krankheit in Italien erledigt sein dürfte, wird dabei verschwiegen. Ein einziger Ausländer hat ein freundliches Wort für den Kandidaten unserer Nationalisten übrig gehabt — schon liegen die Wahrer deutscher Würde auf dem Bauche vor ihm!

Es war deshalb die Aufgabe der Sozialdemokratie, das Zentrum von den Rechtsparteien zu trennen. Durch die Aufrechterhaltung der Kandidatur Braun würde das Gegenteil erreicht worden sein. **Die gemeinsame Kandidatur Marx durch alle republikanischen Parteien aber lenkt das Zentrum von den Rechtsparteien ab, vergrößert den Gegensatz zwischen Rechtsblock und Zentrum, stärkt die linksgerichteten Elemente** in dieser Partei und erhöht die Aussichten, die Herrschaft des Rechtsblocks auch politisch zu untergraben, wie er das wirtschaftlich bereits selbst durch Unfähigkeit und Untätigkeit getan hat. Der Kampf gegen die Regierung Luther wird also nicht abgeschwächt, sondern verstärkt und vor allem aussichtsreicher gemacht.

Der Aufstellung von Marx als gemeinsamer Kandidat der republikanischen Parteien muß aber am 26. April auch der Sieg von Marx folgen. Nichts ist falscher als die Anschauung, damit siege die Zentrumspartei oder die von ihr vertretene Politik.

Marx' Sieg ist der Sieg des Linkskurses, ist die Niederlage des Rechtsblocks, ist das Ende des Versuchs, durch einen Block der Reichen eine Herrschaft gegen das Volk aufrichten zu können. Das zu erreichen, ist die Aufgabe der Stunde. Dem Wirken der Sozialdemokratie, die Durchsetzung der nur von ihr vertretenen Forderungen innerhalb des Rechtsblocks, muß einer späteren Zeit vorbehalten bleiben. Nie lassen sich in der Politik alle Ziele auf einmal durchsetzen. Wer vorwärts will, muß von Etappe zu Etappe schreiten.

Eine solche Etappe ist die Wahl von Marx. Denn die Niederlage von Hindenburg ist nicht nur der härteste Schlag für die Monarchisten, sie ist zugleich der Zusammenbruch des Rechtskurses im Reich. Sie ist aber auch die Bestätigung der Wahl von Otto Braun zum preußischen Ministerpräsidenten durch das Volk. Auch diese Machtposition, der stets die größte Sehnsucht der Deutschnationalen galt, wird gesichert. Ihre Hoffnung, von Preußen aus das alte Junkerregiment wieder aufrichten zu können, können sie dann begraben. Deshalb gilt es, alle Kräfte daran zu setzen, um am 26. April den Sieg an unsere Fahnen zu heften.

Siegen wir, dann siegt nicht nur die Republik über die Monarchie, sondern auch der soziale Fortschritt über die Reaktion.

---

von Loebell schnorrt Geld für Hindenburg.

Ein bestimmter Kreis von Firmen soll es machen!

Zu Beginn des zweiten Wahlganges verschickte Herr v. Loebell Bettelbriefe, dessen Inhalt heut der „Vorwärts" veröffentlicht:

„Reichsblock zur Vorbereitung
der Reichspräsidentenwahl. Berlin, den 9. April 1925.

Persönlich und vertraulich!

Sehr geehrter Herr!

Bei der ersten Wahl hat sich in Anbetracht der kurzen Zeit, die zur Verfügung stand, ein planmäßiges Aufbringen der finanziellen Mittel nicht ermöglichen lassen. Es war daher nicht zu vermeiden, daß verschiedene Firmen gleichzeitig vom Reichsblock, von den einzelnen Parteien und auch von lokalen Wahlausschüssen um Unterstützung angegangen wurden.

Um beim zweiten Wahlgang dieses Durcheinander zu vermeiden, ist zwischen den Parteien, den Wahlausschüssen und dem Reichsblock ein Abkommen getroffen worden, nach dem jedes dieser Organe nur berechtigt ist, bei einem ganz bestimmten Kreis von Firmen und sonstigen Geldgebern zu werben. Uns ist dabei die Pflicht geworden, Sie zu bitten, unsere Wahlarbeit zu unterstützen. Wir machen hierbei auf folgendes aufmerksam:

Ehrenpflicht eines jeden Deutschen ist es, sein Aeußerstes zu tun, um Hindenburg bei dem Wahlkampf um die Reichspräsidentschaft zum Siege zu verhelfen. Eine Niederlage Hindenburgs wäre unerträglich. Welche Bedeutung sie für unsere gesamte wirtschaftliche und politische Entwicklung haben würde, erübrigt sich, hier auszuführen. Wir beschränken uns daher auf die Bitte, uns durch eine großzügige Spende unterstützen zu wollen. Schnellste Hilfe ist notwendig, da das Werbematerial sonst nicht angefertigt werden kann.

Bei Ihrer Entschließung über die Höhe Ihres Beitrages bitten wir Sie, außer der ganz besonderen Dringlichkeit und Wichtigkeit der Sache noch zu berücksichtigen, daß nach den obigen Vereinbarungen nur wir berechtigt sind, bei Ihnen zu werben und daß die übrigen Organisationen auf andere Geldgeber verwiesen sind.

Mit dem Ausdruck vorzüglichster Hochachtung

Loebell,
Staatsminister, Vorsitzender des Reichsblocks.

Der „bestimmte Kreis von Firmen" wird also darauf hingewiesen, daß Hindenburgs Wahl sich für ihn schon rentieren werde. Arbeiter, Angestellte, Unterbeamte! Merkt Ihr endlich, worum es bei diesem wichtigsten der deutschen Wahlkämpfe geht?

Marx in Pommern.

Stettin, 15. April. (Eigener Drahtbericht.) Der Präsidentschaftskandidat der republikanischen Parteien, Marx, traf am Mittwochabend kurz nach 7 Uhr, von Königsberg kommend, hier ein. Auf dem Bahnhof hatten sich die Vertreter der preußischen Behörden, der Gewerkschaften und des Reichsbanners zum Empfang eingefunden. Vor dem Stationsgebäude, wo Tausende von Reichsbannerleuten Aufstellung genommen hatten, wurde Marx, ähnlich wie in Königsberg, ein begeisterter Empfang zuteil. Die Kundgebungen wurden auf dem Wege zur Turnhalle, wo die eigentliche offizielle Feier vorgesehen war, fortgesetzt. Hier erwarteten wiederum Tausende von Republikanern den gemeinsamen Kandidaten der republikanischen Parteien. Marx dankte der begeisterten Menge in kurzen Worten und forderte sie dann zu einem Hoch auf die Republik auf. Neben der offiziellen Kundgebung wurde er u. a. noch in mehreren Parallelversammlungen sprechen. In der Hauptveranstaltung äußerte er u. a.:

„Der Gedanke, die in der Weimarer Verfassung für das Deutsche Reich festgelegte Staatsform mit Gewalt zu ändern, ist so absurd, daß er heute selbst von solchen fallen gelassen wird, die lange Zeit mehr oder weniger ernsthaft mit ihm gespielt haben. Wir sollten Gott danken, daß nach dem militärischen Zusammenbruch im Herbst des Jahres 1918 nicht das Chaos über uns hereingebrochen ist und daß es gelang, in Weimar eine staatliche Ordnung neu zu begründen. An dieser Ordnung müssen wir festhalten, wenn wir unser Land und unser Volk vor neuen schweren Erschütterungen bewahren wollen. Wir müssen uns aber auch peinlich hüten, diese Ordnung in den Augen des deutschen Volkes und des Auslandes als minderwertig herabzusetzen. Die Lockerung der Moral im privaten wie im öffentlichen Leben ist tief zu beklagen. Sie ist eine der traurigen Folgen des unglückseligen Krieges, an deren Beseitigung wir alle ebenso mitarbeiten müssen wie an dem wirtschaftlichen Wiederaufbau dessen, was durch den Krieg zerstört wurde. Ich halte es für eine Ehrenpflicht aller Bekenntnisse, hier mit gutem Beispiel voranzugehen. Mit der Kritik allein ist es nicht getan.

Die Weimarer Verfassung gewährleistet allen Bewohnern des Reiches volle Glaubens- und Gewissensfreiheit und die ungestörte Religionsübung; sie bestimmt ferner, daß der Genuß bürgerlicher und staatsbürgerlicher Rechte sowie die Zulassung zu öffentlichen Aemtern unabhängig von dem religiösen Bekenntnis ist. Gerade diese Verfassungsbestimmungen müssen mit peinlichster Sorgfalt gewahrt werden, sie entsprechen dem von mir stets verfochtenen Grundsatze der Toleranz. Ihre Innehaltung ist die Voraussetzung für das friedliche Nebeneinanderleben der Konfessionen in unserem Vaterlande, das nicht durch die Entfesselung konfessioneller Leidenschaften gestört werden darf. Das jedem Deutschen in der Verfassung ebenfalls verbriefte Recht der freien Meinungsäußerung wird dadurch nicht im geringsten beeinträchtigt, es gilt auch in Fragen der Religion."

Nationalisten-Jugend gegen den Verkauf ihrer Stimmen an die Profitinteressen.

Kiel, 15. April. (Eigener Drahtbericht.) Am Sonntag fand hier eine Tagung des Jungdeutschen Ordens statt, die sich u. a. auch mit der Arbeit des Loebell-Ausschusses und der Kandidatur Hindenburg befaßte. Im Verlauf der Verhandlungen führte ein Mitglied des Jungdeutschen Ordens folgendes aus: „Der Loebell-Ausschuß soll in der Präsidentenfrage die Interessen des nationalen Teiles des deutschen Volkes vertreten. Wie wir heute wissen, sind in dem Loebell-Ausschuß nicht nur die „nationalen" Parteien, sondern in erster Linie die Großbanken und Konzerne, also die Vertreter der Plutokratie vereinigt, während die großen nationalen Verbände kaum zu Wort kommen können. So sagt die wahre Volksvertretung im Loebell-Ausschuß aus." — Trotzdem dürften die Jungdeutschen weiter im Gefolge der Hugenberg, Quaatz, Thyssen usw. bleiben.

Reichsdemokraten für Hindenburg. Der in der Bayrischen Demokratischen Partei immer noch führende Abgeordnete Müller-Meiningen hat sich öffentlich gegen Marx und für Hindenburg erklärt. Eine zweite „demokratische" Größe Bayerns schloß sich ihm an. Wir haben bisher vergeblich auf irgend eine Regung der demokratischen Parteiinstanzen gegen diese Verletzung der republikanischen Disziplin gewartet.

Die kommunistischen Reiniger.

Nach der Wiener „Roten Fahne" hat Ruth Fischer am 26. März erklärt:

Die deutsche Partei leidet an Ueberbleibseln des Luxemburgismus, des Trotzkismus und Brandlerismus.

Es ist vielleicht für die deutschen Arbeiter, die noch am 29. März für Thälmann gestimmt haben, nicht unwesentlich zu hören, daß jetzt die Leitung der Kommunistischen Partei die Rosa Luxemburg zu den Schädlingen rechnet.

Die neuen Kriegsopfer-Renten.

Der Zentralverband deutscher Kriegsbeschädigter und Kriegshinterbliebenen teilt mit: Die Versorgungsgebührnisse nach dem Reichsversorgungsgesetz sind mit Wirkung vom 1. April um 3 Prozent auf 18 Prozent erhöht worden. Da bei der Zahlung der Versorgungsgebührnisse für April 1925 nur die bisher geltende Rentenerhöhung um 15 Prozent berücksichtigt wurde, wird bei der Zahlung der Versorgungsgebührnisse für den Monat Mai der Ausgleich vorgenommen und demzufolge werden einmalig 21 Prozent zur Auszahlung kommen. Die Fürsorgestellen können bei der Zahlung der Zusatzrente Mitte April die Rentenerhöhung nicht mehr berücksichtigen. Darum wird bei der Zahlung der Zusatzrente Mitte April noch der bisherige Satz von 15 Prozent zu Grunde gelegt. Die Nachzahlung um 3 Prozent wird bei der Zahlung der Zusatzrente Mitte Mai mit den laufenden Bezügen verbunden werden. Diese Rentenerhöhung gilt auch für die deutsche Rentenempfänger im Auslande, die ihre Versorgungsgebührnisse in fremder Währung erhalten. — Wie unbefriedigend diese Regelung bleibt, haben die sozialdemokratischen Sprecher im Reichstag mehr als einmal dargetan. Die kleinen Verbesserungen sind der Erfolg ihrer dauernden Vorstöße.

Der Reichstagsausschuß zur Untersuchung der Kreditgeschäfte der Gebrüder Barmat

hielt am Mittwoch eine Sitzung ab. Der Vorsitzende teilte mit, daß am Freitag und Sonnabend im großen Schwurgerichtssaal in Moabit in öffentlicher Sitzung Julius Barmat durch den Untersuchungsausschuß vernommen werden soll.

Anschließend werden als Zeugen mehrere Hoteldirektoren über das Leben Barmats in Berlin vernommen. Direktor Vetter vom Hotel Bristol erklärt auf die Frage des Vorsitzenden ob von Barmat in diesem Hotel größere Festlichkeiten und Essen veranstaltet worden sind und wer von bekannten politischen Persönlichkeiten daran teilgenommen hat, folgendes: Herr Barmat wohnte von 1921 bis etwa 1923 bei uns. Er selbst lebte sehr einfach gegessen. Größere Festessen hat er nur zweimal aus Anlaß von Familienfeiern gegeben. Von bekannten Persönlichkeiten haben nach meiner Kenntnis nur Polizeipräsident Richter und Abg. Heilmann daran teilgenommen, die er fast täglich bei ihm waren. Diese beiden Herren haben mit Barmat im Restaurant oder auf seinem Zimmer gegessen und Herr Barmat hat die Rechnung bezahlt. — Vorsitzender Sänger: Sie wissen doch, was man unter Schlemmen versteht? Ist bei dem Essen, die Barmat gegeben hat und die er für andere bezahlt hat, geschlemmt worden? — Vetter: Nein.

Generaldirektor Kretzschmar vom Hotel Bristol gibt Auskunft über die Wohnung Barmats. Den Aufwand, den Barmat dafür gehabt habe, bezeichnet der Zeuge als nicht außergewöhnlich. Verschiedentlich seien Polizeipräsident Richter und Reichskanzler a. D. Bauer Barmats Gäste im Hotel gewesen. Auch der Name Heilmann sei genannt worden.

Direktor Ebert vom Adlon-Hotel der während Barmats Aufenthalt im Bristol-Hotel dort Stellvertretender Direktor war, erklärt auf die Frage, ob Barmat besonderen Aufwand getrieben habe: Barmat hat oft in seinem Zimmer gegessen, aber immer einfach. Er hat meist Rinderbrust und Hering gegessen. Vors.: Welche prominenten politischen Persönlichkeiten waren Barmats Gäste? Zeuge: Anfangs der frühere Reichskanzler Bauer, später fortblieb. Außerdem die Herren Richter und Heilmann. — Vors.: Erinnern Sie sich, daß der frühere Reichswirtschaftsminister Schmidt jemals zu diesen Gästen gehört hat? — Zeuge: Nein, den Namen habe ich nie unter den Gästen gehört. Vors.: Herr Minister Schmidt ist im Saale anwesend. Erinnern Sie sich seiner? (Abg. Schmidt erhebt sich.) Zeuge: Nein, den Herrn habe ich nie unter Barmats Gästen gesehen.

Auf weitere Fragen erklärt der Zeuge, Barmat habe keinen größeren Aufwand als andere Ausländer getrieben, eher könne man sagen, daß er einfacher gelebt habe als andere.

Der nächste Zeuge, Direktor Schneider, vom Zentralhotel, bekundet, Barmat habe 1919 etwa zwei Wochen lang im Zentral-Hotel gewohnt. Nur einmal habe Barmat im Zentral-Hotel ein Abendessen gegeben, an dem neben verschiedenen englischen und holländischen Sozialisten auch die Abgg. Hermann Müller, Heilmann und Wels teilnahmen. Vors.: Ist bei dieser Festlichkeit besonderer Luxus getrieben worden? Zeuge: Nein. Das Essen war nicht schlecht aber ich habe schon ganz andere Essen gesehen. — Der Ausschuß vertagt sich dann.

Fettchen.

Erzählung von Guy de Maupassant.

Uebersetzung aus dem Französischen von Kurt Eisner.

8]

Dann wurde das ganze Haus still. Aber bald erhob sich irgendwie, in einer unbestimmten Richtung — es konnte im Keller oder im Giebel sein — ein mächtiges, eintöniges Schnarchen, ein dumpfes, langgezogenes Gerassel, zitternd wie ein Dampfkessel: Herr Follenvie schlief.

Da beschlossen war, daß man um 8 Uhr morgens abfahren würde, fand sich alles in der Küche zusammen; aber der Wagen, dessen Deke ein Schneedach trug, stand einsam mitten im Hof, ohne Pferde und ohne Kutscher. Man suchte ihn vergeblich in Ställen, Scheuern und Schuppen. Die Männer machten sich sämtlich auf die Suche und gingen fort. Sie trafen sich wieder auf dem Platz, wo im Hintergrund die Kirche und zu beiden Seiten niedrige Häuser standen, vor denen man preußische Soldaten bemerkte. Der erste, den sie sahen, schälte Kartoffeln. Der zweite wusch weiter oben die Bordschwalbe. Ein dritter mit einem dichten Bollbart, saß einem hockenden Kürpis, den er auf den Knien wiegte und zu beruhigen suchte; und die dicken Bäuerinnen, deren Männer bei den „Kriegsfaktoren" waren, verständigten sich mit ihren holsteinischen Siegern über die Arbeit, die zu machen war: Holzspalterinnen, die Sorgen machten, Kaffeemachen; einer von ihnen machte sogar die Wäsche seiner Wirtin, einer ganz gebrechlichen Greisin.

Verwundert erkundigte sich der Graf bei dem Meisner, der aus dem Pfarrhause kam. Die alte Kuchenmutter antwortete: „O, die da sind nicht schlimm; das sind keine Preußen nicht, wie's heißt. Sie sind von weiterher; sagen auch ich nicht; und sie haben alle Weib und Kind zu Hause zurückgelassen; das macht ihnen keinen Spaß, die Kriegerei [illegible] auch hier noch den Bäuerinnen [illegible]; und das will ein jeder Besser Stand bei ihnen gehen, wie bei uns. Hier ist nur in der Hauptstadt nicht sehr angenehm, weil sie nichts zu machen und erwarten, als [illegible] zu [illegible]. Sehen Sie, Herr, unter unsern Leuten muß man sich nicht schämen . . . Die gehen herum wie hier Krieg."

Graf [illegible] über das Benehmen [illegible], ging weg und blieb [illegible] bei der Herberge.

Lossom fand ein Scherzwort: „Sie bevölkern wieder." Herr Carré-Lamadon eine ernste Bemerkung: „Sie fühnen." Aber den Kutscher fand man nicht. Schließlich wurde er im Kaffeehaus entdeckt, wo er brüderlich mit dem Offiziersburschen zusammensaß. Der Graf rief ihn an: „Sind Ihnen nicht befohlen worden, um acht Uhr anzuspannen?"

„Ja, schon, aber man hat mir inzwischen anders befohlen."

„Was?"

„Ueberhaupt nicht anzuspannen."

„Wer hat Ihnen den Befehl gegeben?"

„Nu? Der preußische Kommandant."

„Warum?"

„Ich weiß nicht. Fragen Sie ihn selbst. Man verbietet mir, anzuspannen, ich spanne nicht an. Fertig!"

„Hat er Ihnen das selbst gesagt?"

„Nein, der Wirt hat mir seinen Befehl gegeben."

„Wann?"

„Gestern abend, als ich zu Bett gehen wollte."

Die drei Männer gingen sehr nachdenklich zurück.

Sie fragten nach Herrn Follenvie, aber die Magd erwiderte, daß der gnädige Herr wegen seines Schlafes niemals vor zehn Uhr aufstehe. Er hatte ausdrücklich verboten, ihn früher zu wecken, angenommen bei Feuersgefahr.

Sie wollten den Offizier besuchen, aber das war völlig unmöglich, obwohl er im Quartier wohnte; Herr Follenvie allein war berechtigt, mit ihm über Kriegsangelegenheiten zu reden. Man merkte also ab. Die Frauen gingen in ihre Zimmer zurück, und sie vertrieben sich mit nähen die Zeit.

Carré-Lamadon setzte sich an den hohen Küchenherd nieder, wo ein großes Feuer brannte. Demselben hielt er sich einen der kleinen Tische aus dem Café Brizgen, ein Glas Bier, und zog seine Pfeife heraus, die unter den Denkmälern beinahe so angesehen war wie [illegible] Tonnbier. Es war eine pralbäuchige, wunderbar angerauchte Meerschaumpfeife, so schwarz wie die Hände ihres Herrn; dasselbe und [illegible] Charakterkopf. Er sah nachdenklich in seine Hand und [illegible] Finger, bald auf den Schaum, der seinen Schoppen krönte. Und bei jedem Schluck sah er mit zufriedener Miene [illegible], während er an seinem schaumgekrönten Schnurrbart sog.

Unter dem Vorwand, sich die Beine zu vertreten, verkaufte Lossom im Ort Wein an die Wirte. Der Graf und der Fabrikant begannen ein politisches Gespräch über die Zukunft Frankreichs. Der eine glaubte an die Orleans, der andere an einen unbekannten Retter, an einen Helden, der erstehen würde, wenn alles verzweifelte: ein Du Guesclin, vielleicht eine Jungfrau von Orleans oder gar einen ersten Napoleon? Ach, wenn der Kronprinz nur so jung wäre! Cornudet hörte ihm zu und lächelte als Mensch, der im Buch des Schicksals liest. Seine Pfeife durchduftete die Küche.

Schlag zehn erschien Herr Follenvie. Man erkundigte sich sofort bei ihm; aber er konnte nur zweimal ohne Abwechselung dieselben Worte wiederholen: „Der Offizier sagte: „Herr Follenvie, Sie verbieten, daß morgen der Wagen bei Anbrechen angespannt wird. Ich will nicht, daß sie ohne meinen Befehl abfahren. Haben Sie gehört? Das genügt!"

Da wollten sie den Offizier sprechen. Der Graf schickte ihm seine Visitenkarte, auf die Herr Carré-Lamadon seinen Namen und seine sämtlichen Titel hinzuschrieb. Der Preuße antwortete, daß er diese zwei Männer zum Empfang zulassen würde, aber nach dem Mittagessen, also gegen ein Uhr.

Die Damen kamen wieder herunter, und man aß eins wenig trotz der Angst. Fettchen sah krank und merkwürdig verstört aus.

Sie hatten gerade den Kaffee getrunken, als der Bursche die Herren holte.

Lossom ging mit den beiden; aber als man versuchte, Cornudet mitzunehmen, um der Aktion mehr Feierlichkeit zu verleihen, erklärte er stolz, daß er darauf bestehe, niemals irgend eine Beziehung mit den Deutschen zu haben; er zog sich zum Herdfeuer zurück und bestellte sich ein Glas Bier.

Die drei Männer gingen hinauf und wurden in das schönste Zimmer des Gasthofes geführt. Dort empfing sie der Offizier, der einen Lehnsessel ausgestreckt und die Füße auf dem Kamin. [illegible] Bergsteigerstiefel. Er war in einen [illegible] Schlafrock eingehüllt, den er wohl aus der verlassenen Wohnung irgend eines Spießbürgers von schlechtem Geschmack hatte mitgehen heißen. Er stand nicht auf, grüßte sie nicht, sah sie nicht an. Er war ein wunderbares Muster jener Flegelhaftigkeit, wie sie bei siegreichen Soldaten natürlich ist.

Nach einigen Augenblicken entschloß er sich zu sagen: „Was wollen Sie?"

(Fortsetzung folgt.)

Eine Programmrede des Reichswirtschaftsministers.

Handelspolitische Halbheiten. — Gefahren für den deutschen Kredit. — Eine sozialdemokratische Ergänzungsrede für bessere Lohn- und Preispolitik.

Am Mittwoch nahm der Reichswirtschaftsminister Dr. Neuhaus Gelegenheit, dem Haushaltungsausschuß des Reichsrats programmatische Ausführungen über seine Wirtschaftspolitik vorzutragen.

Die Nachkriegs-Wirtschaftslage in Deutschland erklärt der Minister in erster Linie durch die Abschnürung Deutschlands von den Rohstoffgebieten und den Absatzmärkten infolge Nachkriegsblockade, Anti-Dumpingmaßnahmen, heimlichen Protektionismus in anderen Ländern usw. In dieses System habe der mit dem 10. Januar 1925 begonnene Wegfall der einseitigen Meistbegünstigung eine Bresche geschlagen. Hier müsse unsere Handelspolitik weiter bauen. Für die Handelspolitik selbst ergibt sich nach Dr. Neuhaus aber, daß der Zeitpunkt für Dauermaßnahmen noch nicht gekommen (!) sei. Unser neuer Zolltarif müsse daher vorerst eine elastische Anpassung an die jeweils erreichten Umschichtungsverhältnisse ermöglichen. Im übrigen sei an dem Grundsatz der gegenseitigen Meistbegünstigung festzuhalten.

In diesem Zusammenhang machte Dr. Neuhaus Angaben über die deutsch-französischen Verhandlungen. U. a. betonte er, daß der Austausch der Warenlisten starke Enttäuschung gebracht habe, da Deutschland wesentliche Exportmöglichkeiten verschlossen bleiben sollen. Bezüglich der Pariser Sachleistungsverhandlungen teilte Dr. Neuhaus mit, daß die unter dem Vorsitz des Stockholmer Bankiers Wallenberg erzielten Ergebnisse des Transferkomitees und der Reparationskommission vorliegen. Der Abschluß der Verhandlungen sei Ende April zu erwarten. Das Reglement enthalte im großen und ganzen einen Ausbau der Gedankengänge, die eine antiökonomische Wirkung der Sachlieferungen für die beteiligten Staaten verhüten solle. Die Sachleistungen sollen sich auf Warengruppen beschränken, in denen möglichst viel deutsche Arbeit und möglichst wenig deutsche Rohstoffe enthalten seien.

Der Minister ging dann auf die Regelung der Exportabgabe und das Industriebelastungsgesetz ein. Dabei teilte er mit, daß das Betriebsvermögen der belasteten industriellen Unternehmungen (Stichtag 31. 12. 1923) die veranschlagte Summe von 30 Milliarden überstiegen habe. Deshalb könnte der Anteil der Belastung an Betriebsvermögen der einzelnen Unternehmungen von 17,1 auf 15,8 Prozent herabgesetzt werden.

In einem Ausblick auf die Gestaltung der kommenden Lage betonte Dr. Neuhaus, daß die deutsche Wettbewerbsfähigkeit nur durch Qualität der Ware, einwandfreie Lieferungsbedingungen und einwandfreien Preis gehoben werden könne. Vor allem käme es auf die Erhaltung und Ergänzung unseres Facharbeiterstandes an. Hier sei es bedauerlich, daß die Ausbildung von Lehrlingen auf manchen Gebieten zurückgegangen sei. Der Minister erklärte ferner, daß der hochqualifizierte Facharbeiter nur durch Förderung eines gesunden Handwerkerstandes zu sichern sei. In dieser Richtung werde auch die Reichsregierung demnächst einen Entwurf eines Berufsausbildungsgesetzes vorlegen, der allgemein die berufliche Ausbildung Jugendlicher in allen Berufsgruppen regelt und diese Aufgabe den öffentlich-rechtlichen Berufsvertretungen überträgt. Bezüglich der Lieferungsbedingungen sei vor allem eine Verbesserung des Inhalts und der Innehaltung der Konditionen notwendig. Inbezug auf die Preisgestaltung käme es auf eine Herabsetzung der Selbstkosten und auf Zulassung gesunder Konkurrenz an. (Wo bleibt Anwendung der Kartellverordnung? Red.) Der Minister erklärte, daß die überspannten Steuern (eine Ankündigung auf Ermäßigung des Lohnabzugs und der Umsatzsteuer erfolgte nicht. Red.) durchweg auf die Preise aufgeschlagen würden und so eine Uebersetzung des Preisniveaus herbeigeführt werde. Die gleichen Wirkungen haben die überteuerten Frachtsätze gehabt. In dieser Beziehung müsse an allen Stellen dem Gesichtspunkt der Wirtschaft Rechnung getragen werden.

Der Spartrieb scheine sich wieder in den Versicherungen zu betätigen. Hier glaube man aus den angesammelten Prämien den langfristigen Kreditbedarf mehr als früher befriedigen zu können. Im übrigen sprach sich der Minister für eine einheitliche Kreditpolitik (Ansammlung der Gelder bei der Reichsbank) aus. Das schließe aber eine Berücksichtigung besonders kreditbedürftiger Erwerbszweige nicht aus. So würden aus den Mitteln der Reichspost dem gewerblichen Mittelstand 30 Millionen Reichsmark zur Verfügung gestellt werden, über diese einmalige Maßnahme hinaus solle aber versucht werden, dem mittelständischen Kreditwesen eine festere und modernere Gestaltung zu geben. Um das Kapital zur Anlage in Deutschland anzuregen, müßten unsere Institute für erste höhere Geldsätze zahlen als das Ausland. Andererseits glaubt der Minister kaum, daß sich die Sparer mit dem jetzt üblichen Satz von 5 Prozent zufrieden geben.

Augenblicklich sei eine starke Verminderung der Kreditgewährung durch die kapitalkräftigen Länder in unserer Wirtschaft zu verspüren. (Bestimmt hat die Proklamierung Hindenburgs viel dazu beigetragen. Red.) Ueber die Auslandskredite selbst sagte der Minister im Anschluß an eine Erörterung unserer passiven Handelsbilanz, daß auf Grund der Devisenkredite die Einfuhr von Konsum- und Luxusgütern gefördert worden ist. Hier sei in der Verwendung der Auslandsdevisen die erforderliche Wirtschaftlichkeit nicht erreicht worden. Daraus erwachsen gewisse Gefahren. Bei plötzlichen Kündigungen der Devisenkredite würde die Reichsbank dem Sturm unter allen Umständen gewachsen sein. Wolle aber der einzelne Betrieb die Mittel nehmen wolle, um diese Devisen zur Abdeckung seiner Verbindlichkeiten zu kaufen, sei leider eine oft übersehene Frage. Der Minister betonte schließlich, daß in solchen Fällen mit einer inneren Kreditgewährung nicht zu rechnen sei.

Im Anschluß an die durch Halbheiten und mangelnde Konsequenz charakteristische Rede des Reichswirtschaftsministers beschäftigte sich Genosse Robert Schmidt mit dem deutschen Preisunfug. Die Preisübertreibungen seien die Ursache der Exportstockungen. Die Lohnpolitik der deutschen Unternehmer, die dem Arbeitnehmer kaum mehr ein Existenzminimum sichert, habe zu der verhängnisvollen Folge geführt, daß gerade die deutschen Facharbeiter auswandern. Bezüglich der Kohlenfrage forderte Schmidt Maßnahmen, um den Kohlenexport zu steigern. Dann beleuchtete der Redner das Syndikatsunwesen in der Kaliindustrie, das zu durchaus ungesunden Zuständen führe. Eine große Anzahl von Schächten sei stillgelegt worden und ein Uebergewicht der Konzerne durch das Kaligesetz herbeigeführt. Bezüglich der Subventionierung der deutschen Werften betonte Genosse Schmidt, daß das nicht der richtige Weg sei, um die Wirtschaft zu sanieren. Deutschland müsse sich eben mit seinen Werften, da es mit Werften übersetzt sei, auf eine andere Betriebsform umstellen, so schwierig die Maßnahmen auch seien.

Defer!

Ihr werbt am besten ohne große Mühe und Geldkosten für die Republik und den Volksblock-Kandidaten, wenn ihr die eben gelesenen Volkswachten unter Kreuzband als Drucksache an Verwandte, Freunde und Bekannte in die Provinz aufs flache Land sendet, wo die rechtsstehende monarchistische Presse noch vorherrschend ist.

Aus dem Reiche.

Karriere eines reaktionären Diplomaten. Der deutsche Generalkonsul in Petersburg, Geheimrat von Kessler, weilt zurzeit in Berlin. Wie der Ost-Expreß erfährt, wird Herr von Kessler auf seinen Petersburger Posten voraussichtlich nicht mehr zurückkehren, da er für ein anderes Amt in Aussicht genommen ist. In Schlesien ist er durch seine Betätigung im Sinne eines rechtsradikalen Nationalbolschewismus aus der Zeit der Kämpfe gegen politische Insurgenten bekannt.

Von der Reichsleitung der Jungsozialisten wird uns geschrieben: Die Berliner „Rote Fahne" Nr. 84 vom 15. April berichtet über die Reichskonferenz der Jungsozialisten zu Ostern in Jena, daß mit 75 gegen 45 Stimmen die Wahl von Marx abgelehnt und Stimmenthaltung beschlossen sei. Diese Meldung ist in allen Teilen frei erfunden. Die Konferenz hat sich mit der Frage der Präsidentenwahl überhaupt nicht beschäftigt und demzufolge auch keine Abstimmung darüber vorgenommen. Die scharfen Auseinandersetzungen um das Reichsbanner bestehen ebenfalls nur in der Phantasie des kommunistischen Berichterstatters. Diese plumpe Wahllüge darf die Jungsozialisten nicht hindern, mit allen Mitteln für die Wahl von Marx einzutreten.

Landarbeiterwohnungen und Hauszinssteuerpflicht. Wie der Amtliche Preußische Pressedienst mitteilt, bestimmt der Minister für Volkswohlfahrt, daß die durch Zuschüsse geförderten Landarbeiterwohnungen (Werkwohnungen und Eigenheime) nicht der Dritten Verordnung zur Durchführung der Preußischen Steuernotverordnung vom 12. Juli v. J. unterliegen und daher nicht hauszinssteuerpflichtig sind. Eine besondere Befreiung von der Hauszinssteuer durch Rückzahlung des Zuschusses in einer aufgewerteten Höhe von 40 v. H. ist mithin bei Landarbeiterwohnungen nicht erforderlich.

Auf den König von Bulgarien wurde bei einer Autofahrt ein Attentat verübt, das ungeklärt unpolitischen Charakter trägt und auf eine Räuberbande zurückgeführt wird. Der König blieb unverletzt, während einer seiner Begleiter getötet wurde.

Breslau (Land)-Neumarkt.

Wähler im Kreise Neumarkt!

Die schweren politischen Entscheidungen der nächsten Woche heischen eure schärfste Aufmerksamkeit. Es geht um das Sein oder Nichtsein der Republik, um die endgültige Niederlage der Monarchisten und Militaristen. Es geht um eure eigene wirtschaftliche Not, um das Schicksal eurer Frauen und Kinder. Kommt darum, damit ihr selbst Stellung nehmen könnt, in die

Kreisversammlung

der Sozialdemokratischen Partei des Kreises Neumarkt, am nächsten Sonntag, den 19. April, nachmittags ½2 Uhr, im großen Saale des Gasthofes „Zum gelben Löwen" zu Neumarkt. Landtagsabgeordneter Regierungsrat

Genosse Hamburger spricht über

Hindenburg oder Marx?

Alle Parteigenossen und Gewerkschaftler, sowie alle Wähler und Wählerinnen sind hierzu herzlichst eingeladen. Es ist Pflicht der Funktionäre, vollzählig und pünktlich zu erscheinen.

Der Betrag an den Sparern!

Referent: Bezirksleiter Seifert-Breslau.

Sozial- und Kleinrentner! Eure Not ist groß! Wem haben euch die Rechtsparteien gegeben, die am 7. Dezember 100 Prozent Aufwertung versprachen? Wendet euch gegen den Aufwertungsbetrug der Rechtsparteien und erscheint zahlreich in der Versammlung. Es gilt, den Zusammenschluß der Sozial- und Kleinrentner herbeizuführen. Aus allen Orten des Kreises seid deshalb zur Stelle.

Keiner darf fehlen!

Die Sozialdemokratie des Kreises Neumarkt.

Neumarkt. Partei-Familienabend. Um mehr denn je die Geselligkeit unter der Genossenschaft herbeizuführen, hatte der Vorstand für den ersten Sonntag abends nach dem Geschäftszimmer des „Gelben Löwen" ein familiäres Beisammensein einberufen. Der Erfolg war äußerst zufriedenstellend. Genosse Wagner eröffnete mit begrüßenden Worten den Abend und wies in seinen Ausführungen auf den Zweck solcher Zusammenkünfte hin; es dürfte in Erscheinung treten, daß ein weit besseres gegenseitiges Verstehen Platz greifen wird, welches ja die Hauptbedingung sei, gute und gedeihliche Parteiarbeit zu leisten; auch der Frau gehöre ein Abend; auch sie will an dem politischen Geschick Anteil nehmen und wie soll sie ihre Kinder aufklären, wenn ihr Aufklärung vorenthalten wird. — Gleichzeitig wurden wichtige Parteiangelegenheiten zur Erledigung gebracht. Nachdem der Schriftführer Genosse Hanheiser die Verlesung der letzten Protokolle vorgenommen hatte, erstattete er den Tätigkeitsbericht des verflossenen Geschäftsjahres und entnehmen wir diesem gedrängt folgendes: Im abgelaufenen Geschäftsjahre wurden drei Mitglieder-, drei öffentliche und zwei Bezirksversammlungen abgehalten. Am 4. Mai erfolgten die Reichstagswahlen; durch rege Mitarbeit konnte mit Befriedigung auf das Ergebnis geblickt werden. Im Juni wurde im Beisein einer stattlichen Anzahl Breslauer Arbeiterjugend hierselbst eine Arbeiterjugend-Ortsgruppe errichtet. Am 17. August konnte die Ortsgruppe Neumarkt SPD. auf ihr 25jähriges Bestehen zurückblicken; unter großer Beteiligung auswärtiger Vereine nahm die Feier guten Verlauf; als Festredner fungierte Landrat Genosse Schütz-Waldenburg, der Grundsteinleger unserer Parteibewegung im Kreise Neumarkt. Bei den Reichstagswahlen vom 7. Dezember war gegenüber den Maiwahlen Stimmenzuwachs zu verzeichnen. — Aus Anlaß des Hinscheidens unseres bewährten Führers Genossen Ebert wurde am 5. März eine Trauerkundgebung veranstaltet. — Unter starker Beteiligung übergab man am 10. März den weit über den Kreis hinaus bewährten Genossen Babucke der Erde. — Die Genossen im Magistrat, Stadtparlament und Vorstand erfüllten ihre Pflicht; wenn vieles nicht so zugunsten unserer Partei durchgedrückt werden konnte, wie es oft gewünscht und Kritik geübt, so waren politische, wirtschaftliche und örtliche Verhältnisse der Hinderungsgrund. Aufgabe der Arbeiterschaft aber wird es sein müssen, ihre Stützpunkte zu verstärken. Die Ortsgrupps Neumarkt hat also wieder ein reiches Arbeitsjahr zum Wohle der Partei hinter sich. Die Berichterstattung von der Generalversammlung lag in Händen der Genossen Paul Otto und Nawroth. Ihre Ausführungen waren ein Ansporn zu neuer Mitarbeit. Ueber die Wahl am 26. April herrschte Einmütigkeit darüber, daß durch die Aufstellung eines Hindenburg das Proletariat mit verschärfter Kraft in den Wahlkampf zu ziehen hat, um zu verhindern, daß an Eberts Erbe ein Platzhalter Wilhelm II. gelangt. Jetzt gilt es, eiserne Disziplin zu wahren, an jedem Ort und an jeder Stelle zu agitieren. Würde die industrielle Arbeiterschaft das Wüten der Reaktion in landwirtschaftlichen Kreisen kennen, so dürfte es nur einen Ruf geben: gegen Hindenburg — für Marx! — Die Pressefrage fand ebenfalls Erörterung und die Anwesenden wurden ersucht, in der Verbreitung des Volksorgans mitzuarbeiten. — Ueber die Maifeier referierte der Vorsitzende. Sie soll in Form eines Bunten Abends (Konzert, Prolog, Ansprache, Gedichte, Gesänge, anschließend Ball) am 2. oder 3. Mai erfolgen. Die Vorarbeit wurde dem Vorstand überlassen. — Unter Verschiedenem brachte Genosse Nawroth zur Mitteilung, daß nun endlich die Zuweisung des Spielplatzes für Arbeiterjugend und Kraftsportverein an der „Langen Liebe" erfolgen wird. (!) — Genosse Härtel gedachte in warmen Worten des 100. Geburtstages Ferdinand Lassalles; zum Zeichen ihres treuen Gedenkens erhoben sich die Anwesenden von ihren Plätzen. — Anschließend blieb man in geselliger Stimmung noch mehrere Stunden beieinander; die letzten erreichten die heimatlichen Penaten, als der Hahn den Tag verkündete und der Morgen war so herrlich, daß eine kleine Schar einen Ausflug antrat. Der Abend verlief harmonisch und der nächste dürfte sicherlich eine noch größere Anzahl Gesinnungsfreunde versammeln.

Tarlauis. Silberhochzeit feiert am 16. dieses Monats der Genosse Paul Seidel mit seiner Gattin Anna geb. Vogt. Auch ist er 25 Jahre unser Parteigenosse und zu gleicher Zeit 25 Jahre treuer Leser der „Volkswacht". Wir wünschen dem alten Kämpfer weitere glückliche Jahre.

Tarlauis-Schönbrich. Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold. Heute abend 7½ Uhr bei Krause Monatsversammlung. Jug- und Gruppenführer treffen sich um 7 Uhr. Die Bundesleitung.

Flugblatt-Verbreitung!

Am Sonntag, den 19. April, beteiligen sich alle Parteimitglieder im Bezirk an der

Flugblattverbreitung.

Die Ortsgruppenführer erhalten die Flugblätter rechtzeitig. Sie haben im Laufe der Woche alle Vorbereitungen für die Verbreitung zu treffen.

Es ist Pflicht aller Parteimitglieder, sich dem Ortsgruppenführer zur Verfügung zu stellen.

Genossen! Die

Parole am Sonntag, den 19. April, lautet:

Unser Flugblatt in die letzte Hütte!

Aus aller Welt.

August Endell gestorben.

Erst 55jährig, ist August Endell nach langem Leiden gestern in Berlin verschieden. Endell war Berliner Kind, Sohn eines Geh. Baurats im Ministerium für öffentliche Arbeiten; er studierte ursprünglich Psychologie, ging in den neunziger Jahren jedoch zur Architektur über. Berlin verdankt ihm eine große Anzahl privater Bauten; u. a. hatte er hier das „Bunte Theater" und auch die Trabrennbahn in Mariendorf gebaut. Nach dem Vorgang Poelzigs von Breslau wurde Endell als Direktor der Breslauer Kunst-Akademie berufen. Endell ist auch als Schriftsteller hervorgetreten; mit einer Arbeit über „Die Schönheit der Großstadt" ist er in weiteren Kreisen bekannt geworden.

Bootsunglück in Lübeck.

Am Ostersonntag ereignete sich auf der Trave bei Lübeck ein Bootsunfall, dem drei Menschenleben zum Opfer fielen. Der Maurermeister Schlieper hatte zu einer Fahrt auf einem Punt mit Außenbordmotor zwölf Kinder eingeladen. Das überladene Fahrzeug kenterte bei der Ausfahrt auf der Trave in den Elbe-Trave-Kanal infolge des Wellenschlags eines begegnenden Motorboots. Schlieper, ein 14jähriges Mädchen und ein 8jähriger Knabe ertranken. Die übrigen Kinder konnten durch andere Boote gerettet werden. Die drei Leichen wurden geborgen.

Die Katastrophe der Zeche Minister Stein.

Der Unfallausschuß der Grubensicherungskommission in Dortmund veröffentlicht sein endgültiges Untersuchungsergebnis in der Grubenkatastrophe auf der Zeche Minister Stein, bei der 130 Bergleute den Tod fanden. Der Ausschuß kommt zu dem Schluß, daß der Bergleitung keineswegs der Vorwurf erspart bleiben kann, nicht alles getan zu haben, was zur wirksamen Bekämpfung der Unfallgefahr hätte geschehen müssen.

Neue Opfer der Hafftrankheit.

Nach einer Meldung aus Königsberg sind in Heydekrug erneut 6 Fischer an der Hafftrankheit erkrankt. Auch in Fischhausen erkrankte ein Fischer in besorgniserregender Weise. Aus Furcht vor Erkrankung blieben in den letzten Tagen viele Fischer ihrem Berufe fern.

Großfeuer im Hamburger Geschäftsviertel.

In dem an der Straße Große Bleiche gelegenen großen Büro- und Geschäftshaus „Kaufmannshaus" brach nachmittags gegen 5½ Uhr ein Großfeuer aus. Der Brand entstand in den Pack- und Lagerräumen der Niederlassung der Bergmann-Elektrizitäts A.-G. Berlin. Durch den Lichtschacht drängte das Feuer sehr rasch bis in die obersten Stockwerke empor. Infolge der starken Rauchentwicklung konnte eine Anzahl Personen nicht mehr über die Treppe ins Freie gelangen, sondern mußten von der Feuerwehr von den Gesimsen des 3. und 4. Stockwerks mit Hilfe von Leitern geborgen werden. Es gelang der Feuerwehr, die mit elf Rohren am Brandplatze erschien, bis gegen 8 Uhr abends das Feuer größtenteils niederzukämpfen. Vor allem konnte sie rechtzeitig das in dem betroffenen Flügel lagernde Benzin und ein Filmlager vor dem Brande schützen. Personen kamen nicht zu Schaden. Der angerichtete Feuer- und Wasserschaden dürfte sehr beträchtlich sein.

Unschuldig zu Zuchthaus und fast zum Tode verurteilt.

Ein von der Polizei in Lindau verhafteter Schmuggler gestand nach einer Meldung aus München, im Februar 1923 den Grenzzollbeamten Gar erschossen zu haben. Dieses Geständnis deckt einen schweren Justizirrtum auf. Denn als vermeintlicher Täter war der Grenzzollbeamte Pfund, der mit Gar gemeinsam dessen letzten Kontrollgang gemacht hatte, vom Volksgericht Kempten (Allgäu) zu 8 Jahren Zuchthaus und 5 Jahren Ehrverlust verurteilt worden. Der Staatsanwalt hatte sogar die Todesstrafe beantragt.

Eisenbahnunfälle in Rußland.

In Sowjet-Rußland ereigneten sich an einem Tage vier Eisenbahnunfälle. Der Schnellzug Scharan—Moskau entgleiste in der Nähe der Station Jaga. Die Lokomotive und zwei Wagen stürzten einen Abhang hinab. Drei Personen wurden getötet, drei schwer, drei leicht verletzt. Bei einem Zusammenstoß zweier Güterzüge in der Nähe einer Station der Strecke Krasnoselski—Kaisa—Jekaterinoburg wurden 29 mit Mehl und Schienen beladene Wagen zertrümmert. Menschenleben hat der Unfall nicht gefordert. Auf der Station Mesela, in der Nähe von Charkow, erlitt ein Güterzug einen Unfall, wobei 22 mit Kartoffeln beladene Wagen zertrümmert wurden. Zwei Personen wurden verletzt. Schließlich ist noch ein Güterzug in der Nähe von Tiflis verunglückt. Die Lokomotive und 9 Petroleumtankwagen wurden zerstört. Eine Person wurde getötet, vier verwundet.

Freitag – Sonnabend – Montag

3 billige Tage

Beachten Sie gefl. unsere Schaufenster

Seiden-Kasacks

Serie I	Serie II	Serie III	Serie IV
4.90	7.50	9.75	12.75

Band-Schäffer

Ring 23

Stadttheater.
Donnerstag 7½ Uhr: „Intermezzo".
Freitag 7½ Uhr: „Der Wildschütz".
Sonnabend 7 Uhr: „Orpheus in der Unterwelt". 1931

Lobe-Theater. 1889
Tel. R. 6774 u. R. 6700.
Heute, abends 8 Uhr:
„Die Kronbraut"
Märchenspiel von August Strindberg
Freitag, Samstag, Sonntag, Montag, abends 8 Uhr:
Gastspiel Käte Dorsch in
„Zaza"
Sittenbild von Pierre Berton und Charles Simon.

Schauspielhaus
Operettenbühne
Tel. Ring 2545.
Donnerstag abend 8 Uhr:
„Gräfin Mariza"
Freitag abend 8 Uhr:
Die lustige Witwe
Sonnabend 8 Uhr in neuer Ausstattung
Zum 1. Male:
„Die Geliebte Sr. Hoheit"
Sonntag nachm. 3½ Uhr:
„Der Freimüdigbaum"
Sonntag u. Montag 8 Uhr in neuer Ausstattung:
„Die Geliebte Sr. Hoheit"

Ach
war das gestern lustig in
Thalia-Theater!
Geht doch heute zum
Wahren Jakob
mit Stössel.
Anfang 8 Uhr. 1890

Lachen
über Heinrich Kohlbrandt, den rheinischen Komiker
Staunen
über Franco Piper, den Banjo-König und Emanuel Steiner, den Kecherkünstler
Entzücken
über Dr. Angeles Lebende Bijouteien
Begeisterung
über Alfred Jackson und die Violet-Girls und Kalleyette's Wunder-Hunde
im Rahmen der
Internationalen Varieté-Revue
im 1914
Liebich-Theater
Beginn 8 Uhr.
Polizeistunde 4 Uhr n.m.

Stadttheater.
Unter persönlicher Leitung von
Richard Strauß 1929

Mittwoch, 22. April, abends 8 Uhr:	Sonnabend, 25. April, abends 7 Uhr:
„Elektra"	**Der Rosenkavalier**

Vorverkauf für beide Vorstellungen ab Sonnabend, den 18. April.

Direkt aus der Fabrik
ohne jeden Zwischenhandel liefern wir für
Mk. **2.30** per Liter
einschließl. Steuer den berühmten
Alten Breslauer
35 %
Unsere in ganz Deutschland berühmten
Edel-Liköre
Mk. **3.20** und **3.60** per Liter
von Riesenfässern. Flaschen mitbringen.
Dampf-Destillierwerk 1836
Herzberg & Co.
Höfchenstraße 48.

„Lachen links!"
Das Witzblatt der Republik
Heft 25 Pfennige.
Zu beziehen durch die Buchhandlung Volkswacht und die Zeitungsträgerinnen.

Meine Schlager

Tagal Picot M. 7.00 Tagal Picot M. 6.75
Hut-Kretschmer
Wallstraße 7, an der Graupenstraße.
Linonformen Stück 0.90, 1.50
Hungreßfilze billigst und rasch
4763 schwarz innerhalb 24 Stunden.

Ein Abend bei den freien Ruderern 1920
am Sonnabend, den 18. April,
im großen Saale des Gewerkschaftshauses.
Gesangliche, musikalische und sportliche Darbietungen unter freundlicher Mitwirkung der Liedersängerin Frl. Käte Frank, der 2. Abteilung der Freien Turnerschaft Breslau, der Mandolinenabteilung der Freien Rudervereinigung Breslau, usw. — Tanz.
Einlaß 6 Uhr. Beginn 7 Uhr.

Mitglieder der Partei
und vom Konsum-Verein kaufen
Gardinen, Stores
nur bei 1644
Julius Fein
Junkernstr. 14 (kein Laden)
vis-à-vis Kißling

In den meisten Fällen
schmerzl. Zahnz. 1 Mk.
Zähne, Plomben
von 2 Mk. an.
Barzahlt
Poststraße 1.

Fabelhaft billige Schlafzimmer
größte Auswahl
J. Glaubarger,
Albrechtstr. 14.
1529

Druckerei Volkswacht
fertigt
moderne Drucksachen
Breslau 2, Flurstr. 4/6

Gebr. Damen- u. Herrenstiefel
sowie Zubehörteile,
Gummiabsätze
verkauft billigst, auch Teilzahlg.
Geier, Zahnmeistmühle
Freiburger Straße 16
Ecke Graupenstraße. 1911

Genossen!
Genossinnen
Eure Familienanzeigen der
Volkswacht

Erfahrene, frühere
Hebammen
erteilt Rat und Auskunft in all. Frauenangelegenheiten. Versand bewährter Frauenspezialartikel. 4765
Frau Blankenstein, Berlin SW 68/8
Alexandrinenstraße 1.

Kinderwagen
Puppenwagen
Teilzahlung
gestattet!
Plauen ausfüllen
Plauen überziehen
Reparaturen schnell u. preiswert, alte Räder, auch f. Umpolterung. Sämtl. Ersatzteile
Blücher, Weidenstraße 7.

Bitte
bei allen Einkäufen stets die Inserenten unserer Zeitung zu berücksichtigen.

Direkt in der Fabrik
kaufen Sie
Anzüge
fertig und nach Maß
schon von 15 Mk. an
nur 1841
Katharinenstr. 9, I
Herrenkleiderfabrik.

Zentralverband der Maschinisten und Heizer sowie Berufsgenossen
Sonnabend, den 18. April, abends 7½ Uhr
im Gewerkschaftshause: Wichtige
Mitgliederversammlung
Jeder muß erscheinen, da auch die Maifeier auf der Tagesordnung steht.

Sonntag, den 19. April, vormittags 8¼ Uhr, treffen wir uns am Verwaltungsgebäude des „Vorwärts", Tauentzienstraße, mit Frauen zwecks Besichtigung des Konsums.
1926 Der Vorstand

Schreibmaschinen- u. Stenographie
Unterricht für 3.— Mk. und 5.— Mk monatlich, von vormittags 9 Uhr bis abends 9 Uhr (täglicher Eintritt) erteilt 46
Deutscher Wirtschaftsbund
Breslau, Höfchenstraße 51, Telephon Ring 7830

Die städtische Marstallverwaltung
hat täglich einige Fuhren Straßenkehricht — frei von Hausmüll, Blechzeug usw. — bei Selbstabholung zu vergeben.
Auskunft erteilt das Büro der Marstallverwaltung, Breslau, Klosterstraße 76/78. 19
Der Magistrat.

Proletarier!
Beseitigt die Hindernisse der Sprachschranken! Lernt die Weltsprache Esperanto, die von Arbeitern aller Nationen gesprochen und verwendet wird.

Reichspräsident
Friedrich Ebert †
Das vorzügliche Porträt in Aquarell-Druck, 39×51 cm, sollte in keinem Zimmer fehlen.
à 2.00 Mk.
per Nachn. 2.35 Mk.
Geeignete Personen jed. Standes zum Vertrieb auf eigene Rechnung überall bei hochlohn. Verdienst gesucht i. d. Kunstanstalt
Paul Ullrich,
Augustastraße 167.

Sehr gute gebrauchte
Nähmaschinen
2 Phönix und 1 große Singer-Rundsch. 65 u. 78 M. und andere spottbillig.
Reparaturen sofort.
Wienzlers, Mechanikermstr.
Gräbschener Straße 45.

Violinen
alte und neue, Toninstrumente
billige Preise.
Ital. Mandolinen
Tielke-Lauten
Musikhaus
Liedecke
Stockgasse 3.
1443 Tel.: Ring 8039.

B. Wollserge
Mtr. 1.40—2.00 Mk., Köper Mtr. 70 Pf., Leinwand Mtr. 45 Pf. bis 1.30 Mk., Aermelfutter 90 Pf. bis 1.50 Mk., Garn 1000 Meter in allen Marken 40 bis 90 Pf. 1770
Kernseife 700 Gramm 65 Pf.
Berthold Lippert,
Heinrichstraße 16.

Sofort Geld!
Pfandleih-Institut
Albrechtstraße 43, I.

Marxistische Staatsbejahung!!
von
Prof. Dr. Siegfr. Marck.
Soeben erschienen!

Inhaltsgliederung:

I. Der Staat als Erkenntnisproblem.
a) Gesellschaft und Staat bei Hegel und Marx. — b) Zwei Staats-, zwei Gesellschaftsbegriffe. — c) Zwangsordnung und klassenlose Gesellschaft.

II. Der Staat als Problem der Kulturphilosophie.
a) Der Staatsgedanke des philosophischen Idealismus. — b) Marxismus und Idealismus. — c) Der dialektische „Humanismus" in seiner Stellung zum Staatsproblem. — d) Marxistische Staatsbejahung.

III. Politische Folgerungen.
a) Staatsidee und Gegenwartsstaat. — b) Probleme des Uebergangsstaates.

Preis 50 Pf. (auswärts gegen Voreinsendung von 60 Pf.).

Zu beziehen durch:
Buchhandlung Volkswacht
Breslau 3, Neue Graupenstraße 5.

RUMBOSEIFE
Rumbo-Seife voller Kraft
Blendend weiße Wäsche schafft.
Wer die Rumbo-Seifen selbst erprobt, schließt sich dem allgemeinen Urteil unserer Kunden an: „Rumbo-Seifen sind die besten!"
Generalvertreter: Ernst Scherdel, Breslau, Trinitatisstraße 1, III.

Für die Redaktion verantwortlich: Karl Jonas, für die Anzeigen: Max Lesch. — Redaktion: Schweidnitzer Str. 45. — Geschäftsstelle: Schweidnitzer Str. 4. — Druck und Verlag der „Volkswacht" G. m. b. H., sämtlich in Breslau.

Sozialdemokratische Partei

Partei-Sekretariat:
Gewerkschaftshaus, Zimmer 35
Telephon: Ohle 5652.

Distriktsführer. Die Sonnabend, den 18. April, zur Verteilung kommenden Flugblätter sind bereits am Freitag, abends 6 Uhr, im Distriktslokal, so daß nötigenfalls am Freitag die Verteilung schon vorgenommen werden kann.

Distrikt 1. Heute abend 8 Uhr findet im Distriktslokal eine wichtige Funktionärsitzung statt. Alles muß zur Stelle sein.

S.O. Kolonne 9 (Scheitnig). Freitag, den 17. April, abends 6½ Uhr, treten alle Mitglieder im Gewerkschaftshaus, großer Saal, an.

S.O.-Mitglieder der Kolonnen Nikolaitor, Südwest, Odertor und Scheitnig müssen sich zu den Freitag-Versammlungen rechtzeitig und vollzählig im Versammlungslokal einfinden.

Arbeitsgemeinschaft Birnbaum. Morgen abend zum Abschluß des Kurses Gemeinschaftsabend 8 Uhr pünktlich im Verlagsgebäude Flurstraße Nr. 4.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, 16. April.

Wahlscheine zur Reichspräsidentenwahl.

Wo man die Wahlscheine bekommt.

Wer am Wahlsonntag, den 26. April, aus beruflichen oder sonstigen Gründen von einem Wohnort abwesend ist, kann sich einen Wahlschein ausstellen lassen. Inhaber von Wahlscheinen können dann in jedem beliebigen Bezirk des Deutschen Reiches wählen. Wer im Ausland ist, sehe zu, am Wahlsonntag die Grenze zu überschreiten, um am nächsten deutschen Grenzort zu wählen. Wo erhält man den Wahlschein? Bei der Gemeinde seines Wohnortes, in Breslau im Rathause. Wer also voraussichtlich am 26. April nicht an seinem Wohnort ist, besorge sich rechtzeitig einen Wahlschein.

Wird Hindenburg gewählt?

Die „Schlesische Zeitung" berichtet im Anschluß an die Marx-Versammlung in Königsberg über die Wahlaussichten in Ostpreußen. Sie kommt dabei zu dem Schlusse:

„Nachdem schon Dr. Jarres in Ostpreußen ein Mehr von 160 000 Stimmen gegenüber sämtlichen anderen Kandidaten herausgeholt hatte, dürfte es dem Retter Ostpreußens nicht schwer fallen, mindestens ein Gleiches zu erreichen."

Das klingt merkwürdig bescheiden. In Ostpreußen wird „der Retter Ostpreußens" mindestens soviel Stimmen erhalten, wie Jarres. Wenn es ihm überall so geht, was wir sehr hoffen, dann ist Hindenburg unten durch und die Monarchisten natürlich erst recht. Alle Kräfte aber müssen von den Republikanern eingesetzt werden um die Niederlage Hindenburgs und der Monarchisten möglichst bis zur Katastrophe zu vollenden.

„Eine Stimme der Vernunft"

hat der „Generalanzeiger" aus dem Auslande vernommen. Ein Blatt in Philadelphia wendet sich dagegen, daß die Kandidatur Hindenburgs von den Feinden der Verständigung mit Deutschland ausgenützt wird. Das geschieht nämlich sonst überall in der Welt, und es ist nur gut, daß der „Generalanzeiger" mit dieser einen Stimme Hindenburgreklame treiben kann.

Uebrigens versichert der „Generalanzeiger" seinen Lesern auch, daß kein englisches Mißtrauen gegen Hindenburg besteht. Der diplomatische Mitarbeiter eines Blattes hat sich so geäußert. Aber selbst dieser eine äußert sich:

„Wenn auch Hindenburgs Kandidatur kein Mißtrauen erregt, so stünden doch einige seiner Hauptagenten unter Verdacht, und diese leisteten ihm und Deutschland einen sehr schlechten Dienst."

Das ist der ganze Staat, den der „Generalanzeiger" bei der herrschenden Stimmung im Auslande mit der Kandidatur Hindenburgs machen kann. Deshalb geht er auch bald zu einem Thema über, das ihm besser liegt: Bandenüberfall auf den König von Bulgarien und Hinrichtung von Haarmann.

Sei und bleib Soldat!

Unter der Ueberschrift: „Schuster bleib bei deinem Leisten" finden wir in den „Schlesischen Blättern für die Mitglieder des Deutschen Offiziers-Bundes" vom 11. April ein Gedicht zur Reichspräsidentenwahl. Zwei Verse daraus seien hier wiedergegeben:

Ludendorff, Du Schlachtenlenker!
Hast Du's nicht bald satt?
Mach' in Politik nicht länger,
Sei und bleib Soldat!

Jarres, Du sollst uns regieren,
Bist ein deutscher Mann!
Du wirst uns zum Aufstieg führen;
Laßt den Jarres ran!!

Ja, laßt den Jarres ran! Aber ehe die Druckerschwärze trocken war, war dafür Hindenburg ran. Und gilt für ihn nicht dasselbe wie für Ludendorff? Was werden denn die Offiziersbündler jetzt für Reime schustern?

Der Strohhut ist in Gefahr!

Ein Strohhuttag soll am 25. April dieses Jahres im ganzen Reiche veranstaltet werden, also etwas „Noch-nie-Dagewesenes", worüber so mancher vielleicht lächeln wird. Denn ein Kleinrentnertag, ein Kinderhilfstag, ein Blumentag, ein Sporttag, das läßt sich alles hören. Aber ein — Strohhuttag? (Da staunt der Laie . . . .). Für die Hutinteressenten und auch für die in der Strohhutindustrie beschäftigten Arbeiter und Angestellten handelt es sich bei dem Strohhuttag jedoch um eine sehr ernste Angelegenheit, denn die in der warmen Jahreszeit eingetretene Sitte des hutlosen Gehens in den Kreisen der Herrenwelt, hat es mit sich gebracht, daß der Hütekonsum, besonders der der Strohhüte, in den letzten Jahren ganz erheblich zurückgegangen ist. Mit dem Strohhuttag will man den Anfang machen, um dieser „modischen Unkultur" der Herrenwelt zu Leibe zu rücken. Eine Versammlung der Breslauer Huthändler, der auch Vertreter der Industrie und des Großhandels beiwohnten, fand am Abend des 14. April in Langes Weinstuben statt und diente der Beschlußfassung über die in Breslau für den Strohhuttag zu treffenden Maßnahmen. Der Bezirksvorsitzende, Herr Maercker, setzte der gut beschickten Versammlung alles auf den Strohhuttag Bezügliche klar auseinander und erwähnte, daß beispielsweise in Sachsen 85 Prozent, im Rheinland 65 Prozent der Herrenwelt ohne Hut zu gehen pflegen. Die Rückwirkung auf die Erzeugung sei katastrophal. Eine große einschlägige Breslauer Firma müsse ihren Betrieb ganz einstellen, ein Drittel der Arbeiterschaft der Hutindustrie sei arbeitslos. Am fühlbarsten mache sich die hutlose Mode im Einzelhandel. Wer ohne Strohhut geht, meinte Herr Maercker, verneint die Mode, kann als modischer Herr nicht angesprochen werden.

Am Strohhuttag soll nun alles für den Strohhut mobilisiert werden. Das wird geschehen durch einen besonderen Schaufensterwettbewerb der Hutgeschäfte, Plakatreklame größten Stils, Filmvorführungen, ja sogar erste Bühnenkünstler haben sich für den Strohhut eingesetzt und auch Radiovorträge sollen stattfinden. Alles, wie gesagt, für den in seiner Existenz bedrohten Strohhut. Besondere Propagandaausschüsse, von denen auch in Breslau sich einer bereits konstituiert hat, werden in sachgemäßer Weise die Veranstaltungen leiten und organisieren.

Wir wünschen dem Strohhuttag bestes Gelingen und Erfolg schon im Interesse der in der Hutindustrie tätigen Arbeiter. Ob aber der Erfolg in dem erhofften Ausmaß eintreten wird, möchten wir bezweifeln, weil diejenigen, die im Sommer ohne Hut zu gehen pflegen, sich verdammt wenig nach der Mode richten und froh sind, wenn ihnen die liebe Sonne auf den Scheitel oder die Platte scheint. Ja, wenn es sich um Damen handelte, die ließen sich einen kleidsamen Hut gewiß gern aufsetzen; aber die Herren der Schöpfung?

M. Z.

Die alte Zucht und Ordnung!

Aus Eisenbahnerkreisen schreibt man uns:

Noch ist Hindenburg nicht Reichspräsident, sondern erst mal als Kandidat aufgestellt, und schon denken verschiedene mittlere Beamte, die ihnen im Dienst nachstehenden nach dem alten militärischen Stil behandeln zu können. Ganz besonders tut sich in Breslau auf dem Bahnsteig III der diensttuende Herr Eisenbahnsekretär Willkowski hervor.

Folgenden Vorfall zur Illustration: Ein Reisender bestieg mit der brennenden Zigarre ein Nichtraucherabteil. Herr W. sah dies und verwarnte ihn. Der Reisende erwiderte, dies nicht verstehen zu können, da im Abteil doch Aschenkästen angebracht wären. Laut Vorschrift sollen die Schilder von innen und außen übereinstimmen. Dieser Wagen hatte nun keine festen Schilder, folglich mußten sie durch Papierschilder ersetzt werden. Da die Schaffner nun schon mehrere solcher Wagen beklebt hatten, waren die Schilder ausgegangen oder sie konnten nicht angebracht werden, da sie zum Teil sehr schlecht gummiert sind. Nun fing Herr W. an, die Schaffner zu monieren und frug, warum dies nicht schon auf der Gruppe gemacht worden sei. Der Schaffner entgegnete ihm mit dem bereits oben Angeführten. Darauf ging Herr W. in sein Büro, brachte eine Handvoll solcher Klebeschilder und warf sie auf den Bahnsteig, dem Schaffner vor die Füße. Nachdem sich das der Schaffner verbat und Herrn W. vorhielt, daß dies keine Art und Weise wäre, ihm gegenüber vor den Reisenden so zu verfahren, sagte dieser: „Wollen Sie die Schilder aufheben oder nicht?" Wir leben jetzt in einer anderen Zeit." Im Interesse der Verwaltung, das der Schaffner zu wahren hat, nahm dieser die Schilder auf, damit sie von den Reisenden nicht zertreten werden sollten.

Nun fragen wir die RBD. an: Was gedenkt sie zu tun, um solchen Mißständen zu begegnen? Es gibt bei der Eisenbahn eine Gemeinsame Bestimmung für Beamte, worin es heißt: „Jeder Beamte hat sich in und außer dem Dienst eines musterhaften Betragens zu befleißigen." Das Verhalten des Herrn W. war aber gewiß nicht musterhaft.

Geld geschickt und keine Antwort.

Ein Glücklicher hatte eines der bekannten „Preisausschreiben" gelöst, das er im „General-Anzeiger" gefunden. Die Firma Harzer Versandhaus wollte ihm dann für 3,50 Mark eine Uhr und den gewonnenen „Preis" zuschicken. Zur Bequemlichkeit, daß er die 3,50 Mark besser los würde, erhielt er auch gleich eine Zahlkarte zugeschickt. Er schickte das Geld ab, erhielt aber weder die Uhr noch den versprochenen Preis. Auf mehrfaches Mahnen hat er auch keine Antwort erhalten.

Ein neues Mikrophon beim Breslauer Sender.

Um die Klangreinheit des Breslauer Rundfunksenders weiter zu verbessern, wird schon in den nächsten Tagen ein neues Mikrophon bei der schlesischen Funkstunde aufgestellt werden, das den Vorzug hat keine Eigenschwingungen zu besitzen, und deshalb Sprache und Töne völlig unverzerrt wiedergibt. Es handelt sich hierbei um das von dem Ingenieur Reiß angegebene Mikrofon, das in der Hauptsache aus einem kleinen Marmorblock besteht, der in seinem Inneren eine pulverförmige Masse enthält. Ihre einzelnen Teile erleiden unter dem Einfluß der Sprachschwingungen verschiedenen Druck, und verändern dadurch die elektrischen Ströme in dem Rythmus der auf sie treffenden Schallwellen. Nachden Erfahrungen, die man mit diesem Mikrophon, an anderen Sendeorten gesammelt hat, steht zu erwarten, daß die bisher noch hier und da von aufmerksamen Beobachtern bemerkten Sprachverzerrungen beim Breslauer Sender ganz verschwinden und die Hörer den Eindruck gewinnen werden, als ob die Darbietungen aus nächster Nähe in voller Klangreinheit gebölen werden. Da die bisher durch Sammler gelieferte elektrische Spannung für den Betrieb mit diesem Mikrophon nicht ausreicht, müssen neue Zellen aufgestellt werden, die allerdings einen kleinen Umbau der vorhandenen Einrichtungen erforderlich machen, der jedoch eine Störung des bisherigen Betriebes nicht zur Folge haben wird. Später werden somit für die Aufnahme der verschiedenen Vorträge, sowie der gesanglichen und musikalischen Darbietungen das einfache Telegraphon, das verbesserte Bändchenmikrophon und das neue Reißmikrophon zur Verfügung stehen und diese Apparate abwechselnd den verschiedenen Erfordernissen entsprechend, benützt werden. — Die Funkstunde plant auch Versuchsstunden, in denen ein und derselbe Vortrag mit den verschiedenen Mikrophonen gegeben wird, sodaß die Hörer selbst ein Urteil über die besondere Eignung der einzelnen Apparate für spezielle Vorträge geben können.

Raubüberfall auf der Stockgasse.

Unter der schweren Beschuldigung des gemeinschaftlichen Straßenraubes standen am Mittwoch vor dem Großen Schöffengericht die Arbeiter Fritz Hilbig, Artur Jesche, und Hermann Bunk. Ihnen wurde zur Last gelegt, in der Nacht zum 27. Januar einen 62 Jahre alten Oberkellner auf der Stockgasse überfallen und um 35 Mark bares Geld beraubt zu haben. In der betreffenden Nacht war der Oberkellner in schwerbetrunkenem Zustande auf die Stockgasse gekommen und als er dort ein Haus betrat, wurde er überfallen, zu Boden geworfen und seines Geldes beraubt. Trotz seiner Trunkenheit erzählte er sofort dem Stubenmädchen, zu dem er in demselben Hause ging, von dem Ueberfall. Die Polizei wurde sofort benachrichtigt und es wurden in einem in der Nähe gelegenen Lokale die drei Täter verhaftet, da sie kurz zuvor in der Nähe des Hauses gesehen worden waren. Da Hilbig noch eine alte Strafe zu verbüßen hatte, setzte er seiner Verhaftung ganz energischen Widerstand entgegen, bei Jesche fand man einen Revolver, sowie 35 Mark bares Geld, auch legte sich dieser einen falschen Namen bei. Alle drei bestritten, die Täter zu sein. Infolge der Dunkelheit und seiner großen Trunkenheit hatte der Ueberfallene keine Ahnung, wer ihm das Geld geraubt hatte. Hilbig sagte vielmehr, er habe nur Angst gehabt, man werde ihn wegen einer früheren Strafe einsperren. Das Geld, das man bei Jesche gefunden hat, habe dieser von seiner Mutter erhalten, was diese auch bestätigte. Das Gericht war der Ansicht, daß wohl ein dringender Verdacht die Angeklagten treffe, aber die vorliegenden Beweise zu einer Verurteilung wegen Raubes nicht ausreichen. Während Bunk vollständig freigesprochen wurde, erkannte das Gericht gegen Hilbig wegen Widerstandes auf 5 Monate und gegen Jesche wegen unbefugten Waffenbesitzes auf 4 Monate Gefängnis und wegen Beilegung eines falschen Namens auf eine Woche Haft. Der Staatsanwalt hatte die Anklage wegen Straßenraubes aufrecht erhalten und gegen alle drei Angeklagten unter Zubilligung mildernder Umstände hohe Gefängnisstrafen beantragt.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold".

Zu der Veranstaltung am Sonntag am Roßplatz um 11 Uhr muß jeder Wähler erscheinen. Es werden sprechen: für die Zentrumspartei: Dr. Bockel-Berlin, für die Deutschdemokratische Partei: Dr. Alfred Mann-Breslau, Reichstagsabgeordneter Wendemuth-Waldenburg für die Sozialdemokratische Partei und voraussichtlich noch andere Redner.

Banner 5. Donnerstag, den 16. d. M., 7,30 Uhr: Mitgliederversammlung bei Bräuer, Gabitzstraße.

Banner 8. Sonnabend, den 18. d. M., abends 6 Uhr: Antreten auf dem Appellplatz. Sonntag, den 19. April, 8½ Uhr früh, Antreten ebendort.

Massenkundgebungen für Republik und Freiheit

müssen die am **Freitag, den 17. April,** stattfindenden

4 öffentl. Wählerversammlungen

werden. Versammlungslokale sind:

Zentralhallsaal — Bergkeller
Gewerkschaftshaus — Bräuer, Gabitzstraße

Preußische Landtagsabgeordnete fungieren als Redner und werden den Zusammenhang zwischen preußischer Politik und Reichspräsidentenwahl darlegen

Sorgt für Massenbesuch!

Gedankensplitter.

Der Wahlkampf muß ritterlich geführt werden, sagte der Bürger Jarres, da wurde er durch einen Ritter ersetzt.

Deutschland braucht einen starken Mann an der Spitze, sagten die Deutschnationalen, da fanden sie einen, der an Altersschwäche leidet.

Alter schützt vor Torheit nicht, sagte Hindenburg, da wurde er von Toren aus seiner Altersruhe gerissen.

Nieder die Reaktion, brüllten die Kommunisten, da begünstigten sie die Wahl eines schwarz-weiß-roten Generals zum Reichspräsidenten.

Hoch die Republik, riefen die Arbeiter, und trieben das Gelichter der Nationalisten und Kommunisten zu paaren!

Reda.

Morgen
Ziehung
Die letzten Lose!
Bei sofortiger Bestellung gebe ich noch ab

1/2 Los	1/4 Los	1/8 Los	1/10 Los	Doppellos
3.—	6.—	12.—	24.—	48.—

Arndt Staatliche Lotterie-Einnahme
Eckhaus Tauentzienplatz 1, Breslau V
Postscheckk. 2571, Telef. Bestell. R. 6996, Ohle 6172.

Der öffentliche Arbeitsnachweis im März.

Obwohl die Zahl der Arbeitsuchenden von 18 709 auf 18 883 gestiegen ist, kamen auf 100 offene Stellen nur 263 Arbeitsuchende gegen 316 im Februar. Am Schlusse des Berichtsmonats verblieben noch 10 964 (10 990) Arbeitsuchende. Bei den männlichen Berufsgruppen konnten 92 v. H. von 3327, bei den weiblichen 73 v. H. von 3845 gemeldeten offenen Stellen besetzt werden. Auf 100 offene Stellen kamen in der Landwirtschaft 145 (183), in der chemischen Industrie 504 (667), im Gastwirtsgewerbe 449 (691), im Bekleidungsgewerbe 192 (267), im Baugewerbe 383 (691), 781 (1041), bei den ungelernten Arbeitern 301 (424) und bei den Angestellenberufen 700 (869) Arbeitsuchende. Von 370 Kriegsverletzten konnten 118 vermittelt werden. Bei dem Arbeitsnachweis für die Metallindustrie wurden im März 3959 (5044), bei dem Arbeitsnachweis Breslau-Land 2736 (3142) Arbeitsuchende gezählt. Diese Zahlen sind in obigem Bericht nicht enthalten.

Neuerwerbungen der Stadtbibliothek.

Leihstelle Rathausmarkt 7/9, geöffnet werktäglich von 9 bis 2 Uhr.

Neue Jahrbücher f. Wissenschaft und Jugendbildung. Jg. 1. 25.
Meyers Lexikon. 7. Aufl. I. 24.
Bilderatlas zur Religionsgeschichte. Herausgegeben von H. Haas. Lfg. 1—6. 24—25.
Kroner, Rich. Von Kant bis Hegel. I. II. 21—24.
Schneider, Fr. Schulpraxis. Psychologie. 22.
Moog, W. Grundfragen der Pädagogik der Gegenwart. 25.
Born, A. Reichspressegesetz. 3. Aufl. 24.
Depene, H. Kaufmanns- und Gewerbegerichtsgesetz. 24.
Höpker, H. Die Industriebelastungsgesetze. 25.
Berufsberatung, Berufsauslese, Berufsausbildung. 25.
Gottl-Ottlilienfeld. Fordismus. 24.
Lewinsohn, R. Die Umschichtung der großen Vermögen. 25.
Der deutsche **Staatsbürger**. Herausgegeben von A. Schröter und A. Feldmann. 2. Aufl. 24.
Hoernes, M. Urgeschichte der bildenden Kunst. 3. Aufl. 25.
Ippel, A. Pompeji. 25.
Bölsche. Der singende Baum. 24.
Schneider, Ferd. Jos. Die deutsche Dichtung von 1700—1785. 24.
Weise, O. Wanderungen auf dem Gebiete der deutschen Sprachgeschichte und Wortbedeutung. 25.
Brandes, Georg. Kindheit und Jugend. 24.
Chevalley, A. Le Roman anglais de notre temps. 21.
Cohn, Willy. Das Zeitalter der Hohenstaufen in Sizilien. 25.
Ferrero, G. Demokratie oder Terror. 24.
Seegfeld, W. Deutschland und das geschlagene Frankreich 1871—73. 24.
Hohenlohe, Alex. v. Aus meinem Leben. 25.
Scheidemann, Ph. Für Volk und Vaterland. 25.
Rahel und Alexander von der **Marwitz** in ihren Briefen. Herausgegeben v. Meisner. 25.
Arsenjew W. K. In der Wildnis Ostsibiriens. I. II. 24.
Russell, B. China und das Problem des fernen Ostens. 25.
Fischer, Paul. Drahtlose Telegraphie und Telephonie. 25.
Koszkowski, A. Das Panorama meines Lebens. 25.
Becker, A. Pfälzer Volkskunde. 25.
Schremmer, W. Erzählungen aus den schlesischen Bergen. 25.
Die Handelskammer Breslau 1849—1924. 24.

I. Quittung.

Für den Wahlfonds zur Reichspräsidentenwahl gingen ein: Binder 5.—, Lebensmittel- und Getränkearbeiter-Verband 100.—, Jentsch 5.—, Liste 533 d. P. 43.50, gef. d. Bergm. Banner 3 6.—, Invalide Winkler 1.—, F. R. 3.—, Liste 755 d. Tänzer 9,60, Frau Grundmann 5.—, Täschner 30.—, Lübe 10.—, Dienstanzieheinwerke 1. Rate 16.25, Liste 796 d. Hesse 23.60, Liste 552 L. H. M. Bibl. M. M. L. d. Knoechel 25.20, Beamte der Zigaretten-Maschinen-Führer 50.—, Kinographen und Strohmeier von Schendalowsky 9.50, Liste 501 d. E. M. d. Hermann 21.50, ein Beamter 5.—, ein Beamter 3.—, Ueberschuß v. Bergm. d. Bachschlosser 30.—, Geg. Cohn 5.—, Liste 582 gef. v. d. dreißigen Kesselschmieden L. H. M. d. Kretschmer 37.20, Liste 680 Eisenerei Meinicke d. Kopetsch 10.20, Liste 654 Möbelfabrik Gebr. Bauer d. Hermann 32.55, Liste 761 Zigarettenfabrik Pomona d. Kretschmer 25.80, Fr. J. 20.—, Ueberschuß v. Frauenabend Distr. 22 3.—, L. 5.—, eine Leserin der „Volkswacht" 5.—, Liste 828 Personal der „Volkswacht" d. Tische 73.80, Kurzke 3.—, Frl. Schulze 3.—, Liste 659 Distr. 23 d. Hanke 6.—, Liste 660 Distr. 23 d. Bezelewski 3.—, Liste 663 Betrieb Schneider d. Hein 2.—, Liste 848 Baustelle Bethanien d. Simon 21.50, Dr. Ganzenmüller 10.—, Dienstanziehseinwerke, 2. Rate 11.50, Liste 969 d. Ehrlich 6.—, Liste 591 d. Klemm 6.50, Liste 582 d. Schmidt 10.10, Liste 594 d. Frau Jiegen 12.50, Liste 689 Distrikt 26 d. Kambach 13.—, Liste 969 Holzarbeiter Bauhütte d. Siegert 13,—, Liste 683 d. Fliesenleger Djallas 5.50, Dr. Tscherlig 10,—, Liste 970 F. W. Hoffmann d. Pohler 8.—, Liste 703 Betrieb Gew.-Haus 28,25, Liste 752 Distrikt 37 d. Mackner 9,70, Liste 756 Distrikt 37 d. Pluder 7,50, Liste 546 Distrikt 7 d. Hanke 12,50, Liste 547 Distrikt 7 d. Frommberger 13.25, Liste 548 d. Hanke 10,—, Liste 681 Distrikt 25 Schlosserei Meinicke d. Kittler 18,60, Liste 655 Distrikt 25 d. Vogler 9,—, Willibald 10,—, Liste 598 Distrikt 6 d. Schiemel 8,75, Liste 678 d. Majunke 3,20, Liste 641 Distrikt 21 23,55, Liste 572 d. Marusle 10,40, Liste 657 d. Kittlaus 35,30, Liste 771 7,90, Liste 772 d. Sinakke 15,80, Liste 773 d. Heider 5,—, Liste 775 d. Möse 18,65, Liste 983 Angestellte d. Metallarbeiter-Verbandes 45,—, Liste 972 Brauerei Kipke 10,15, Liste 701 Z. d. A. d. Schramm 14,50, Liste 841 Schultheiß-Patzenhofer-Brauerei d. Winkler 30,20, Jüttner 3,—.

Allen Spendern besten Dank. Sammellisten zur Reichspräsidentenwahl sind im Zimmer 36 des Gewerkschaftshauses zu haben.

Rob. Herrmann, Kassierer, Postscheckkonto 31 158.

Volle Listen bitte bald abliefern.

Freigewerkschaftliches Jugendkartell.

Baugewerksbund-Jugend. Heute abend außerordentliche Mitgliederversammlung. Erscheinen aller Mitglieder ist Pflicht.

Metallarbeiter-Jugend. Sonnabend, den 18. April, wichtige Vertrauensmännersitzung im Zimmer 16. Wir beginnen um 7½ Uhr.

Z. d. A.-Jugend. Donnerstag, abends 8 Uhr, Arbeitsgemeinschaft des Kollegen Dannecker über Sozialversicherung.

Buchdrucker-Jugend. Sonntag, früh ½8 Uhr, wandern wir durch den Scheitniger Park nach Wilhelmshöhe (Treffen an der Fürstenbrücke). Gegen 1 Uhr nachmittags sind wir zurück. Die Hilfsarbeiter-Jugend ist zu dieser Fahrt freundlichst eingeladen.

Das „Völkische Wochenblatt" vor Gericht.

Der Verleger des völkischen Wochenblattes Friedrich Geppert hatte einen Strafbefehl über 150 Goldmark bekommen, weil er am 7. Februar d. J. das Pflichtexemplar der Zeitung nicht bei der politischen Polizei abgegeben hatte. Gegen diesen Strafbefehl hatte er Einspruch erhoben. Vor Eintritt in die Verhandlung vor dem Einzelrichter erklärte G., daß seine Zeitung antisemitisch eingestellt sei und er deshalb nicht von einem jüdischen Richter abgeurteilt werden wolle. Der Richter wies ihn darauf hin, daß das Landgericht in einer anderen Sache entschieden habe, daß die Zugehörigkeit des Richters zu einem bestimmten Religionsbekenntnis kein Ablehnungsgrund sei. Der Antrag des Geppert wurde deshalb als unbegründet abgelehnt. Zur Sache selbst erklärte Geppert, daß er kein Pflichtexemplar habe einliefern können, da er keinen Boten gehabt habe. Im übrigen seien sie nicht vermögend und deshalb müßten sie mit jedem Pfennig rechnen. Er bitte um eine Herabsetzung der Strafe, da er nur ehrenamtlich Zeitungsverleger sei. Der Richter berücksichtigte die Einkommensverhältnisse des Geppert, setzte die Strafe auf 60 Mark herab. Geppert erklärte, es sich noch überlegen zu wollen, ob er die Strafe annehmen werde.

Zur Flugblattverbreitung

muß sich **jedes Parteimitglied** am **Sonnabend, den 18. April, nachmittags 5 Uhr,** pünktlich im Distriktslokal einfinden.

Stelle jeder seinen Mann in der Abwehr der Gefahr Hindenburg!

Kündigung von Mietsverträgen.

Nach dem Mieterschutzgesetz vom 1. Juni 1923 ist eine Kündigung des Vermieters gegen den Willen des Mieters bei der Zwangswirtschaft unterliegenden Räumen nicht gegeben. Der Vermieter kann lediglich auf Grund der Bestimmungen in §§ 2—4 des Mieterschutzgesetzes bei dem zuständigen Gericht Klage auf Aufhebung des Mietverhältnisses erheben. Hiernach ist also eine Kündigung unwirksam, soweit mit der Kündigung die Lösung des Mietverhältnisses bezweckt wird. Hinsichtlich der Kündigung, die lediglich bezweckt soll, den Mietvertrag nicht mehr auf die in dem Vertrage vorgesehene lange Zeit hinaus zu erneuern, ist nach dem Urteil des Reichsgerichtes vom 23. November 1923 — III 665/27 — die Kündigung nur insofern wirksam, als die im Mietvertrag festgelegten Kündigungsfristen bzw. die Vertragserneuerung auf lange Jahre außer Kraft treten und zwischen den Parteien ein neuer Vertrag auf unbestimmte Zeit entsteht, der bei Aufhebung der Zwangswirtschaft jederzeit mit gesetzlicher Frist gelöst werden kann.

* **Einen öffentlichen Lichtbildervortrag** veranstaltet die Volkshochschule Sonnabend, den 18. April, abends 8 Uhr, in der Aula des Matthiasgymnasiums, Schuhbrücke 37. Justizoberinspektor Scholz, Lehrer der Breslauer Volkshochschule, spricht über: „Das Wandern in Luft und Sonne" unter Vorführung von mehreren Hundert ausgewählten Lichtbildern. Einleitend wird der Leiter der Volkshochschule Dr. Mann ganz kurz über Bedeutung und Aufgaben der Volkshochschule sprechen. Gesänge der Singegilde umrahmen die Vorführungen. Eintritt frei.

* **Arbeitsjubiläum.** Der Kutscher August Mertner, Ernststraße 12, ist seit 25 Jahren bei der Breslauer Paketfahrt-Gesellschaft. Der Direktor des Unternehmens sprach ihm den Dank der Gesellschaft für seine treuen Dienste aus und übergab ihm eine Ehrenurkunde der Handelskammer sowie ein Geldgeschenk.

* **Silberhochzeit** feiern heut das Ehepaar Buch, Lessingstraße 13. Die „Volkswacht" wird seit 25 Jahren in der Familie gelesen. Viel Glück für die Zukunft.

* **Die Freie Rudervereinigung Breslau e. V.** veranstaltet am Sonnabend, den 18. April, im großen Saale des Gewerkschaftshauses „Einen Abend bei den freien Ruderern", wozu sie alle Mitglieder, Freunde und Gönner der Vereinigung hiermit einladet. Gesangliche, musikalische und sportliche Darbietungen unter freundlicher Mitwirkung von Sederkingerin Fräulein Käte Frank, der 2. Abteilung der Freien Turnerschaft Breslau sowie der Kanoninen-Abteilung der Vereinigung u. a. werden jeden Besucher auf seine Kosten kommen lassen. — Außerdem sei an dieser Stelle darauf hingewiesen, daß weitere Mitglieder aufgenommen werden. (Siehe Inserat im Anzeigenteil.)

* **Im jüdischen Mädchenjugendheim II**, Lehmgrubenstraße 30, findet am Dienstag, den 21. April, ein zweiter Aufklärungsvortrag des Frauenarztes Dr. Riegner statt. Mädchen und Mütter sind herzlich dazu eingeladen. Der ergänzende Sanaritätskursus unter Leitung von Dr. Czynski beginnt am 29. April.

* **Eine Beratungsstelle für Fragen des Ehe- und Geschlechtslebens** eröffnet am 1. Mai die Schlesische Gruppe des deutschen Bundes für Mutterschutz, Ritterplatz 1, erster Hof, Zimmer 1. Der Rat wird unentgeltlich erteilt. Sprechstunden für Männer Montag von 6 bis 7 Uhr, für Frauen Mittwoch und Sonnabend von 5 bis 6 Uhr nachmittags. Ärztliche oder juristische Behandlung findet nicht statt. Wenn eine solche sich als notwendig erweisen sollte, werden die Ratsuchenden an Fachberater gewiesen, die sich aus den Kreisen ärztlicher, rechtskundiger und sozialpädagogischer Autoritäten der Sache zur Verfügung gestellt haben. Die Beratungsstelle will die vielen Menschen, die in diesen ernstesten Fragen das Bedürfnis nach Beratung haben, davor bewahren, in die Hände eigennütziger, leichtfertiger oder verbrecherischer Ratgeber zu fallen. Die Beratungsstelle will aber nicht nur dem Einzelnen helfen, sondern auch die Allgemeinheit auf den Ernst dieser Fragen für die Volksgemeinschaft hinweisen.

* **Vermißt** wird der Maler Bruno Adam, 25 Jahre alt, aus Schwirz, Kreis Namslau, der sich zuletzt hier, Herdainstr. 90, aufhielt. Er kam am 31. März von Schwirz nach Breslau, um hier an einem Lehrkursus als Kraftwagenführer teilzunehmen. Er entfernte sich am 31. März unter Zurücklassung seines Gepäckes aus seiner hier gemieteten Wohnung und ist seit dieser Zeit verschwunden. Es wird vermutet, daß ihm ein Unglück zugestoßen ist. Adam ist etwa 1,70 Meter groß, hat blondes Haar und ist kräftiger Gestalt. Bekleidet war er mit hellem Anzug mit Nadelstreifen, schwarzen Schuhen und Vorhemd. Nachrichten über Verbleib des Vermißten erbittet Kriminaldirektion Breslau, Schuhbrücke 46, Zimmer 7, zu Tagebuch-Nr. 1519/25.

* **Zwei Betrüger**, etwa 19 bis 20 Jahre alt, suchen Familien auf, lassen sich Geschirr zum Löten geben und löten im Hofe desselben Grundstückes in dem sie vorsprechen. Hierbei handschaften sie Verwandte aus und erschwindeln sich unter Vorspiegelung falscher Tatsachen von diesen Geldern. Mitteilungen über die Person der Täter werden nach Herdenstraße 16 I, Zimmer 1, erbeten. Im Weigerungsfalle lasse man durch einen Polizeibeamten ihre Personalien feststellen.

Arbeiter-Sport

Kinderturnen.

Es sei hiermit nochmals auf das am kommenden Sonnabend und Sonntag stattfindende Kinder- und Jugendschwimmfest des Schwimmvereins Poseidon hingewiesen. Wenn wir uns nicht so zahlreich an den Wettkämpfen beteiligen können, so wollen wir nach Kräften die Veranstaltung durch unseren Besuch unterstützen. Desgleichen werbt bei den Kindern für unser Vereinsbühnenschauturnen am 22. April im Gewerkschaftshaus! Der Kinderausschuß.

Fragebogen für die Auslandsfahrt abholen.

Jeder Turnwart der Knaben- und Mädchenabteilung holt sich bestimmt am Freitagabend beim Turngenossen Scholz, Hummerei 56 III, die Rundschreiben und Fragebogen für die Auslandsfahrt ab. Eventuell Vertretung senden. Am 2. Mai muß ich unbedingt wissen, wieviel Kinder jeder Abteilung in Frage kommen. Jede Abteilung hat bis zum 30. April eine Elternversammlung abzuhalten. Am 2. Mai gibt mir jeder Leiter vor der Vereinsversammlung Bericht und Teilnehmer bekannt; auch die 3. Knabenabteilung. Am 16. Mai ist Kinderturnausschußsitzung im Gewerkschaftshaus. M. Friedrich.

Fußball.

Serienspiele der Freien Turnerschaft Breslau am 19. April vormittags:

Zeit		Vereine		Spielplatz	Schiedsrichter
9	2. Abt. I	—	West	Eichenpark	7. Abt.
9	2. Abt. II	—	7. Abt. III	„	5. Abt.
9.45	7. Abt. I	—	West	„	3. Abt.
9.45	7. Abt. II	—	7. Abt. III	„	2. Abt.
10.30	2. Abt. I	—	7. Abt. I	„	West
10.30	2. Abt. II	—	7. Abt. II	„	West
9	3. Abt. I	—	5. Abt. I	Oswitz	4. Abt.
9	3. Abt. II	—	5. Abt. II	„	4. Abt.
9.45	4. Abt. I	—	5. Abt. I	„	3. Abt.
9.45	4. Abt. II	—	5. Abt. II	„	3. Abt.
10.30	3. Abt. II	—	4. Abt. II	„	5. Abt.

Die Serienspiele für Turnerinnen am 19. April finden, wie am 13. April vereinbart wurde, auf dem Kürallerplatz statt. Diesmalige Tabellenaufstellung ist dadurch hinfällig.

Jugendspiele können am 19. April nicht stattfinden, da zum Bühnenschauturnen geübt werden muß. Pünktliches Antreten zu den Spielen ist Pflicht. Pässe sind eingetroffen, im Vereinskontor abzuholen und vorschriftsgemäß fertig zu machen; gleichfalls Tagebücher für die Spielbewegung zwecks Statistik genau führen. Nächster Serienspieltag: Sonntag, den 3. Mai, vormittags. Die Spielleitersitzung findet umständehalber schon am 21. April im Abteilungslokal der 1. Abteilung statt. E. T.

Resultate der Faustballerienspiele vom 13. April. 3. Abt. — 4. Abt. 49 : 84 Angaben. 3. Abt. II — 7. Abt. III kampflos für die 7. Abt. 3. Abt. Jgd. — 7. Abt. I. Jgd. kampflos für die 7. Abt. Beide Mannschaften der 3. Abt. unpünktlich angetreten. Sämtliche andern Spiele mußten wegen Gewitter abgebrochen werden und finden am Schluß der Serie statt. — Turnerinnen: 2. Abt. I — 2. Abt. II 34 : 76 für 2. Abt. 3. Abt. I — 2. Abt. III 40 : 76 für 3. Abt.

Freie Turnerschaft Breslau. Spielleiter! Dienstag, den 21. April, abends 8½ Uhr, im Abteilungslokal der 1. Abteilung, Leuthenstr. 34: Spielleiter- und Spielleiterinnensitzung. Tagesordnung: 1. Serienspiele. 2. Reichs-Arbeiter-Sportwoche vom 21.—28. Juni. 3. Vereinssportfest. 4. Verschiedenes. Außerdem sämtlichen Spielleitern (alle Abteilungen müssen vertreten sein) bitte noch folgende Turngenossen zur Sitzung zu erscheinen: Friedrich, Gebel, Zierow, Jäschke, W. Scholz. E. T.

Freie Turnerschaft Breslau. 1. Abteilung. Die Handballspieler der 1. Mannschaft sind heut abend auf der Turnhalle. Es gilt noch einiges zu besprechen für das Spiel am nächsten Sonntag.

Freie Turnerschaft. 5. Abteilung. Freitag, den 17. April, abends 8½ Uhr, im Abteilungslokal: Vorstandssitzung. — Freitag, den 24. April, abends 8½ Uhr, in demselben Lokal: Abteilungsversammlung für Männer und Jugend. Alle Turngenossen haben daran teilzunehmen.

Gebt Eure Anzeigen der Volkswacht.

Die unvergleichliche Wirkung

der Creme Mouson beruht auf ihrer eigenartigen, unnachahmlichen Zusammensetzung. – Creme Mouson heilt rauhe, rissige Haut fast augenblicklich, schafft jugendliches Aussehen und einen gleichmäßig schönen, zarten Teint. – Eine angenehme Beigabe bildet die feine, dezente, jeden Geruch der Transpiration überdeckende Parfümierung.

CREME MOUSON

CREME MOUSON-SEIFE ✿ CREME MOUSON-RASIERSEIFE

Gewerkschaftsbewegung.

Die Gesundung der Gewerkschaftsbewegung

Das Jahr 1923 mit seinen Währungs- und Wirtschaftsnissen erzeugte in weiten Kreisen der gewerblichen Arbeiter eine rt Verzweiflungsstimmung, auf Grund deren sie in der reformistischen Gewerkschaftsarbeit keinen Sinn mehr sahen und infolgedessen nur allzu leicht der Agitation der Kommunisten mit ihrer Vertröstung auf die Weltrevolution verfielen. Nun zeigt sich gewerkschaftliche Arbeit des Jahres 1924 in ihrem Bemühen um Verbesserung des Arbeitsverhältnisses gerade in den Hauptpunkten hinsichtlich der Arbeitszeit und des Lohnniveaus zum Teil sehr beachtliche und erfreuliche Ergebnisse, und es ist zu begrüßen, daß der Erfolg dieser praktischen Arbeit sich auch organisatorisch auswirkt.

Von dieser Gesundung der Gewerkschaftsbewegung zeugen zunächst die Ergebnisse der Wahlen zu den gewerkschaftlichen Ortsverwaltungen oder Ortskartellen. Hauptsächlich bei dem Deutschen Metallarbeiter-Verband, der besonders stark unter der kommunistischen Zersplitterungsarbeit zu leiden hatte, zeigt sich eine erfreuliche Veränderung bei den letzten Wahlen. Ueberall ist die kommunistische Opposition stark zurückgedrängt. Bemerkenswert ist vor allem, daß sogar in Rheinland-Westfalen, das als Schauplatz der Ruhrinvasion für die kommunistische Agitation besonders günstigen Nährboden bot, der kommunistische Einfluß in der Gewerkschaftsbewegung einen starken Rückgang aufzuweisen hat. Bei den Wahlen zur Ortsverwaltung in Köln wurden zum Beispiel gegen die Liste der Amsterdamer Richtung nur zwei Stimmen abgegeben. In Dortmund, Hörde, Essen, Mühlhausen und Duisburg gelangten die Ortsverwaltungen wieder in die Hände der Amsterdamer Richtung, während noch im Vorjahre die Kommunisten die Leitungen in diesen Zahlstellen besetzen konnten. In Düsseldorf stehen 657 Stimmen für die Amsterdamer Liste gegenüber 30 Stimmen für die Moskauer Liste gegenüber, und in Gelsenkirchen, wo früher die Kommunisten souverän herrschten, kam es nur noch zu einer Mehrheit von 6 Stimmen für die Liste Moskau. In Bielefeld verzichtet die kommunistische Opposition sogar auf eine eigene Liste.

Aehnlich stark geht der Einfluß der kommunistischen Gewerkschaftsopposition in Mitteldeutschland zurück. In Halle, wo im Vorjahre noch die Vertreter der Amsterdamer Richtung kaum öffentlich auftreten konnten, da sie niedergebrüllt wurden, gelang zu Anfang dieses Jahres, 322 Stimmen für Amsterdam, 511 für Moskau entgegenzusetzen. In Wittenberg stehen 36 Stimmen für Moskau 35 Stimmen für Amsterdam gegenüber. In Merseburg, wo die Verwaltungsstelle seit Jahren kommunistisch besetzt war, wurde ebenfalls die Amsterdamer Liste mit großer Mehrheit gewählt, während die Moskauer Opposition nicht mehr als ein Fünftel der abgegebenen Stimmen erhielt. Aehnlich liegt es in Bitterfeld, wo nur ein Sechstel der Stimmen für die Moskauer Richtung abgegeben sind, so daß die Ortsverwaltung nur aus Mitgliedern der Amsterdamer Richtung gebildet wird. Aehnlich ist es in den Hauptstädten Thüringens: In Erfurt wurden noch 1924 rund 400 Stimmen für Moskau und 200 Stimmen für Amsterdam bei der Wahl des Geschäftsführers der Ortsverwaltung abgegeben. Jetzt hat sich dieses Verhältnis geändert in 316 Stimmen für Moskau und 368 Stimmen für Amsterdam. Noch günstiger fielen die Wahlen zur Ortsverwaltung aus. Hier standen 385 Stimmen für die Liste Amsterdam nur noch 16 Stimmen für die Liste Moskau gegenüber. In gleicher Weise sprachen die Wahlen in Zeitz und Braunschweig starke Mehrheiten für die Amsterdamer Liste. Aus den nordöstlichen Küstengebieten kommen gleiche Meldungen: In Hamburg verzichtete die Gewerkschaftsopposition auf eine eigene Liste, anscheinend, um den starken Rückgang nicht zahlenmäßig feststellen zu lassen. In Wilhelmshaven und Wismar brachten die Kommunisten nur etwa ein Achtel der abgegebenen Stimmen auf, so daß die Ortsverwaltungen nur aus Anhängern der Amsterdamer Richtung zusammengesetzt werden.

Auch bei anderen Gewerkschaften zeigt sich ein andauernder Rückgang der kommunistischen Opposition. So entsandten die Textilarbeiter in Chemnitz im Vorjahre noch 22 Vertreter der Liste Moskau in die Ortsverwaltung, während sie 1925 nur noch einen Vertreter bei den Wahlen durchbrachten. Aehnlich stark ist der Rückgang in der bisherigen kommunistischen Hochburg Falkenstein, wo die Moskauer gegenüber 106 Stimmen für Amsterdam nur noch 56 Stimmen aufbringen konnten. In Berlin mußten die „oppositionellen" Textilarbeiter sogar auf Aufstellung einer eigenen Liste verzichten. Die Zahlstelle Berlin des Gemeinde- und Staatsarbeiter-Verbandes zählte 1924 unter 300 Delegierten noch 113 Moskauer. Sie sind jetzt auf 60 zurückgegangen. Im Holzarbeiter-Verband ergab die Wahl 1924 zur Berliner Ortsverwaltung 6200 Stimmen für Moskau und 6030 Stimmen für Amsterdam. Jetzt stehen 1924 Stimmen für Amsterdam 4804 Stimmen für Moskau gegenüber, und in Leipzig brachten die Moskauer nur noch 226 Stimmen gegenüber 1094 Stimmen für Amsterdam auf. In Leipzig geht auch bei dem Zimmerer-Verband der kommunistische Einfluß stark zurück. Die Neuwahlen ergaben ein Stimmenverhältnis von 298 für Moskau und 512 für Amsterdam. Die Leipziger „oppositionellen" Transportarbeiter brachten überhaupt keinen Vertreter bei den Ortsverwaltungswahlen durch.

Besonders deutlich kommt der Niedergang der kommunistischen Opposition auch bei dem zu Beginn des Jahres von der K.P.D. einberufenen Betriebsrätekongreß des mitteldeutschen Bergbaues zum Ausdruck. Von ungefähr 2000 in Frage kommenden Betriebsräten folgten dieser Einladung nur etwa 30.

Endlich sei noch das Ergebnis der Wahl zum Ausschuß der Landesversicherungsanstalt der Rheinprovinz angeführt. Bei diesen im Dezember 1924 stattgefundenen Wahlen wurden insgesamt 1 463 900 Stimmen abgegeben. Davon entfielen auf die Liste des Allgemeinen Deutschen Gewerkschafts-Bundes 780 810, auf die der christlichen Gewerkschaften 613 740 und auf die Liste der K.P.D. ganze 52 388 Stimmen, während der Rest sich auf einige örtliche Listen verteilte. Es stehen somit acht Vertretern des Allgemeinen Deutschen Gewerkschafts-Bundes nur noch drei Vertreter der Moskauer Richtung gegenüber. Die angeführten Wahlenergebnisse zeigen eine erfreuliche Gesundung der Gewerkschaftsbewegung.

Dr. F. Kucharski.

Die untragbaren Soziallasten.

Die deutschen Arbeitgeber haben bekanntlich in den letzten Wochen und Monaten nachzuweisen versucht, daß das Maß der sozialen Belastung der deutschen Wirtschaft unerträglich geworden sei. Sie haben behauptet, daß die Belastung gegenüber der Friedenszeit ganz wesentlich gestiegen sei. Die phantastischen Berechnungen hat bereits das Reichsarbeitsministerium auf das richtige Maß zurückgeführt. Erfreulicherweise hat jetzt auch der ADGB. es übernommen, durch eine selbständige Statistik die tatsächliche Höhe der sozialen Berechnungen festzustellen. Das Reichsarbeitsministerium hatte festgestellt, daß gegenüber einer Belastung im Jahre 1913 von insgesamt 1102 Millionen Mark im Jahre 1922 für Kranken-, Invaliden- und Unfallversicherungen 1290 Millionen Mark aufzubringen waren. Die privatwirtschaftliche Pensionsversicherung kostete 1913 80 Millionen, 1924 100 Millionen Mark. Neu hinzu kommt die Gewerbelosenfürsorge, die 1924 an Beiträgen etwa 220 Millionen Mark erforderte. Die Aufwendungen der Wirtschaft für Sozialversicherung betrugen demnach von rund 1200 Millionen Mark im Jahre 1913 auf 1710 Millionen Mark im Jahre 1924 gestiegen. Das ist eine Mehrbelastung um 34 Prozent, zieht man demgegenüber in Betracht, wie stark der Geldwert und damit die Kaufkraft der Mark gegenüber der Vorkriegszeit gesunken ist, so ergibt sich tatsächlich eine Mehrbelastung, sondern ein beträchtliches Zurückbleiben hinter der Belastung der Friedenszeit. Ueber die Einzelheiten der Berechnung des A.D.G.B. enthält Spitzer in seiner Arbeit [illegible] Heft 3: Der Berechnung haben 8332 Lohnbüchern aus 71 Orten zugrunde gelegen. Außerdem waren aus einigen Betrieben Gesamtlisten für zusammen 6464 Arbeitnehmer eingereicht. Bei der Beurteilung der Angaben ist noch zu beachten, daß sich die Zahlen auf die erste Hälfte des November 1924 beziehen, also höhere Krankenversicherungs- und Erwerbslosenbeiträge enthalten als heute in Gültigkeit sind. Die von Spitzer veröffentlichten Tabellen und Aufstellungen ergeben nun vor allem, daß die Berechnung des Arbeitsministeriums fast bis in jede Einzelheit richtig war. Der A.D.G.B. kommt im Durchschnitt für 7594 Arbeiter im Reich ohne Berlin zu einer durchschnittlichen Belastung des Lohnes durch soziale Abzüge von 6,4 Prozent. Dabei ergibt sich, daß je tiefer der Lohn, je höher die Belastung ist, während die niedrigste Lohnstufe von 10 bis 20 Mark mit 7,1 belastet, fällt die Belastung für die nächste auf 6,9, dann auf 6,3, auf 5,6 und schließlich für die höchste Stufe von 50 Mark auf 5,4 Prozent. Besonders kraß zeigt sich diese Entwickelung bei der Invalidenversicherung, deren Beiträge die untere Lohnstufe mit 1,8 Prozent, die oberste Lohnstufe nur noch mit 0,9 Prozent belasten. Aus den Berechnungen des A.D.G.B. ergibt sich weiter, daß die Angabe, die Dr. Tänzler in seinem Gegenartikel gegen das Reichsarbeitsministerium über den Unternehmerbeitrag zur Unfallversicherung vollkommen aus der Luft gegriffen ist. Tänzler setzte diese Belastung mit 2 Prozent des Lohnes ein, tatsächlich ist sie keinesfalls höher als 0,9 Prozent. Ein besonders krasser Beweis für die Art, mit der die Arbeitgebervereinigung die Oeffentlichkeit zu unterrichten wagt. Eine gesondente Berechnung, die für 798 Lohnbüchern aus Berlin angestellt wurde, zeigt, daß Berlin nicht schlechter gestellt ist als das Reich. Die durchschnittliche Belastung ergibt für Berlin 6,1 Prozent, also wesentlich weniger als die 7,2 Prozent, die Dr. Tänzler errechnet haben wollte. Der A.D.G.B. kommt zu dem Resultat, daß die Behauptung der Arbeitgebervereinigung, der Gesamtbelastungsfaktor betrage zurzeit mindestens 13 Prozent des Lohnes, eine grobe Uebertreibung ist. Wenn man alle Beiträge von Arbeitgebern und Arbeitnehmern zur Krankenversicherung, Invaliden- und Unfallversicherung und Erwerbslosenfürsorge zusammenrechnet, dürfte man zu einem Betrag kommen, der zu Ende des Jahres 1924 nur ganz wenig über 10 Prozent gelegen hat.

Immer noch Metallarbeiterkonflikt in Bielefeld.

In den bereits über sechs Wochen andauernden Konflikt in der Metallindustrie von Bielefeld und Umgegend hat das Reichsarbeitsministerium eingegriffen. Das Ministerium hat an beide Parteien die Einladung zu Verhandlungen ergehen lassen, die bereits ihren Anfang genommen haben.

ADGB., Ortsausschuß Breslau.

Morgen Freitag, den 17. April, abends 7½ Uhr: Vollsitzung des Ortsausschusses. Tagesordnung: Ein Vortrag über die Zoll- und Handelsfragen für Deutschland, Maifeier und anderes. Niemand darf fehlen!

Internationale gewerkschaftliche Solidarität!

Die Kämpfe zwischen Arbeit und Kapital sind in Dänemark vielleicht verhältnismäßig nicht so zahlreich wie in manchen anderen Ländern, dafür aber desto umfangreicher und hartnäckiger. Die Ursache dieser Erscheinung liegt in der überaus starken Organisation beider feindlicher Parteien. Kleine Streitigkeiten finden ihre Regelung durch tarifliche Schiedsgerichte. Kommt es zum Kampfe, so handelt es sich stets um Dinge von allgemeiner grundsätzlicher Bedeutung. Aelteren deutschen Gewerkschaftsgenossen wird gewiß noch die große dänische Aussperrung von 1899 in Erinnerung sein, die 40 000 Arbeiter, damals mehr als die Hälfte der Gewerkschaftsmitglieder und ein Fünftel der dänischen Industriearbeiterschaft, umfaßte. In der Nachkriegszeit ist Dänemark wiederholt der Schauplatz großer Arbeiter-Aussperrungen gewesen, so 1921 und 1922. Gegenwärtig ist dort ein Riesenkampf entbrannt, an dem bis jetzt zirka 51 000 Arbeiter beteiligt sind, deren Zahl sich noch auf 130 000—150 000 steigern wird, wenn eine Einigung nicht zustande kommt. Gegenstand des Kampfes ist die Verteidigung des Achtstundentages und die Abwehr einer Herabsetzung der Löhne, die trotz steigernder Preise die Arbeitgeberverbände erzwingen wollen. Sehr stark an dem Kampfe ist der „Dansk Arbejdsman Forbund", die Organisation der ungelernten Arbeiter, in der die Arbeiterschaft der Papiererzeugungs-, der Baustoff-, chemischen und Nahrungsmittelindustrie, die ungelernten Arbeiter der Eisen- und Metallindustrien zusammengefaßt sind. Von zirka 80 000 Mitgliedern sind 22 000 ausgesperrt, deren Zahl sich nach dem Bericht des dänischen Verbandes Mitte April wahrscheinlich auf 35 000 erhöhen wird.

Die dem Internationalen Berufssekretariat der Fabrikarbeiter angeschlossenen Verbände haben eine Hilfsaktion zugunsten des dänischen Bruderverbandes eingeleitet. Der Verband der Fabrikarbeiter Deutschlands hat bereits eine Summe von 25 000 Goldmark als Hilfe nach Dänemark überwiesen. Der Verband der Arbeiterschaft der chemischen Industrie Oesterreichs widmet 12 000 dänische Kronen dem gleichen Zweck. Es ist dieses ein schönes Zeichen internationaler Klassensolidarität, die aber auch — dies mag hier besonders betont werden — von den dänischen Gewerkschaften stets bewiesen wurde.

Die Antwort der Unternehmer.

Auf den Streikausbruch im schlesischen Holzgewerbe, der zur teilweisen Einstellung der Arbeit in Breslau, Oels, Glogau, Liegnitz und Langenöls führte, hat der Landesverband der Tischlerinnung für Schlesien und die Freie Vereinigung Breslau gestern Mittag die Aussperrung der gesamten Holzarbeiter beschlossen. Sie ist in Breslau zum Teil bereits durchgeführt. An der Bewegung sind bis zur Stunde etwa 1500—1600 Holzarbeiter beteiligt.

Achtung, Bauarbeiter!

Wegen Lohndifferenzen im Baugewerbe Breslaus ist in mehreren Baugeschäften ein Streik ausgebrochen. Zuzug von Bauarbeitern und Zimmerern ist infolgedessen fernzuhalten. Die arbeiterfreundlichen Blätter der Provinz werden umgehend um Abdruck gebeten.

Achtung, Buchdruckereibetriebsräte und Vertrauensleute! Sonntag, den 19. April, vormittags 10½ Uhr, im Gewerkschaftshause, Zimmer 6: Vertrauensmännerversammlung. Es wird erwartet, daß alle Betriebe, insbesondere die Zeitungsbetriebe, vertreten sind.

Wirtschaft.

Die Arbeitslosigkeit in Europa.

Das Internationale Arbeitsamt veröffentlicht eine interessante Zusammenstellung über den Stand der Arbeitslosigkeit in Europa während des verflossenen Jahres. Der allgemeine Eindruck ist, „daß nach der großen Krise von 1921/22 heute beinahe schon wieder von einer normalen Lage (?) zu reden ist, merkbar sind".

In England ist die Zahl der Arbeitslosen seit 1922 ziemlich konstant geblieben. Die Ueberbevölkerung und die Krise der englischen Industrie geben dieser Arbeitslosigkeit einen chronischen Charakter. Das Maximum wurde im Januar 1922 mit 1 359 000 Arbeitslosen erreicht. In Deutschland ist dagegen eine anhaltende Besserung des Arbeitsmarktes zu verzeichnen. Mit dem Ende der Inflation trat eine starke Abnahme der Arbeitslosigkeit ein. Dann kam Mitte des Jahres mit der Geldknappheit eine neue Krise. Ihr folgte mit kleinen Unterbrechungen, eine anhaltende Besserung bis zum Ende des Jahres, die ihren Ausdruck in dem Prozentsatz der Vollarbeitslosen findet. Im Januar 1924 betrug der Prozentsatz 26,5, er fiel auf 8,6 im Mai, stieg im Juli vorübergehend auf 12,5 und fiel auf 8,1 im Dezember.

In Italien war gleichfalls eine Besserung zu verzeichnen. Die Zahl der Arbeitslosen fiel von 280 765 im Januar auf 115 590 im September. Mit der Beendigung der Erntearbeiten stieg die Zahl der Arbeitslosen wieder bis auf 150 449 im Dezember. Allerdings fällt der Unterschied gegen 766 000 Arbeitslose im Januar 1922 bedeutend ins Gewicht.

In der Tschechoslowakei fiel die Zahl der von Staate unterstützten Arbeitslosen von 218 249 im Jahre 1923 auf 21 030 im Dezember. Bemerkenswerterweise zeigen die Kurven der Arbeitslosigkeit in Oesterreich und Deutschland einen entgegengesetzten Verlauf.

In Belgien blieb die Lage eine fast normale. Im März war jedoch ein Rückgang der Arbeitslosigkeit zu verzeichnen (13 760), der mit der erhöhten Ausfuhr infolge der Frankenentwertung zusammenhing. Im Dezember war dann wieder eine Zunahme auf 32 754 zu vermerken. In Holland fiel von Januar bis Juni 1924 die Zahl der Arbeitslosen von 82 858 auf 15 843. Im Dezember betrug sie wieder 21 660.

In Schweden blieb der Stand der Arbeitslosen während des ganzen Jahres ziemlich unverändert: 23 872 Arbeitslose im Januar und 20 778 im November. Norwegen betrug noch 13,5 Prozent im Januar, fiel auf 3,9 Prozent im Juni und stieg dann auf 7,6 Prozent im November. In Dänemark waren Anfang des Jahres 1924 über 20 Prozent der Arbeiter ohne Beschäftigung. Im Juni fiel diese Zahl auf 5 Prozent, um im Dezember wieder auf 18,2 Prozent zu steigen. Polen weist durchweg ungünstige Verhältnisse auf. Die Zahl der Arbeitslosen stieg von 150 000 im Januar auf 160 000 im November, so daß beinahe der Höchststand der Arbeitslosigkeit von 200 000 im Januar 1922 wieder erreicht wurde. Die Schweiz hat wieder einen normalen Arbeitsstand erlangt. Seit dem 1. Juli 1924 konnte die Regierung die Unterstützung einstellen. Ende Dezember 1924 wurden nur noch 11 419 Arbeitslose, gegen 26 873 im Dezember 1923, gezählt. Seit Dezember 1924 ist eine anhaltende Abnahme dieser Zahl zu verzeichnen.

Aus Schlesien.

Landesversicherungsanstalt Schlesien.

Der Ausschuß der Landesversicherungsanstalt Schlesien trat am 7. April zu Breslau im Hauptverwaltungsgebäude der Behörde zu seiner ordentlichen Tagung unter dem Vorsitz des Fabrikbesitzers Dr. Wolfgang Dierig-Oberlangenbielau zusammen. Den wichtigsten Punkt der Tagesordnung bildete die Stellungnahme des Ausschusses zu einem von dem Landeshauptmann der Provinz Oberschlesien an das Reichsarbeitsministerium gerichteten Antrag auf Teilung der Landesversicherungsanstalt Schlesien dergestalt, daß für die Provinz Oberschlesien eine eigene Landesversicherungsanstalt errichtet würde. Landesrat Dr. Huch begründete an der Hand einer von dem Vorstand der Landesversicherungsanstalt Schlesien herausgegebenen Denkschrift, daß dieser Antrag vom versicherungstechnischen Standpunkte aus nicht zu vertreten sei und daher auch nicht im Interesse der invalidenversicherten Bevölkerung der Provinz Oberschlesien läge. Den Standpunkt des Landeshauptmanns der Provinz Oberschlesien in der Teilungsfrage vertrat Landesverwaltungsrat Nemela. Er hob die Wichtigkeit einer eigenen Landesversicherungsanstalt für die Provinz Oberschlesien aus politischen Gründen hervor. Nach längerer lebhafter Debatte stimmten von den anwesenden 37 Ausschußmitgliedern, bei einer Stimmenthaltung, 35 gegen eine Teilung der Landesversicherungsanstalt Schlesien, indem sie sich auf den Boden der Denkschrift des Vorstandes stellten, während der einzige für die Teilung stimmende Ausschußmitglied dabei seinerseits ausdrücklich hervorhob, daß auch er aus versicherungstechnischen Gründen zwar nicht für eine Teilung sich aussprechen könne, sondern lediglich aus politischen Gründen für eine solche stimme.

Lebhaftes Interesse erweckte des weiteren die Beratung des Jahreshaushalts der Landesversicherungsanstalt Schlesien für das Jahr 1925. Vizepräsident v. Legat gab zunächst einleitend einen kurzen Ueberblick über die heutige finanzielle Lage der Landesversicherungsanstalt Schlesien. Er berichtete, daß die deutschen Landesversicherungsanstalten Anfang 1924 infolge ihres finanziellen Zusammenbruches durch die allgemeine Inflation zu einer Notgemeinschaft zusammengeschweißt worden seien, dergestalt, daß sie ihre sämtlichen Beitragseinnahmen an die Reichspost hätten abführen müssen, daß dafür aber die Reichspost einmal die laufenden Pflichtleistungen, also die Rentenzahlungen, übernommen und außerdem noch allmonatlich jeder deutschen Landesversicherungsanstalt zur Bestreitung ihrer Verwaltungskosten und der freiwilligen Leistungen einen bestimmten Vorbetrag ausgezahlt habe, der vom Reichsversicherungsamt nach einem bestimmten Schlüssel für jede deutsche Landesversicherungsanstalt besonders berechnet worden sei. Seit dem 1. Januar 1925 sei diese Notgemeinschaft zwar aufgehoben doch schulde jede deutsche Landesversicherungsanstalt aus dieser Zeit her noch der Reichspost die über die Beitragseinnahmen von der Post gezahlten Vorschüsse nebst einer Verzinsung von 8 Prozent. Welche Summe danach auf die Landesversicherungsanstalt Schlesien entfalle, stehe heute noch nicht

fest, und aus diesem Grunde sei leider heute noch die finanzielle Lage der Landesversicherungsanstalt Schlesien eine ungeklärte. Auf der andern Seite sei zu berichten, daß die Beitragseinnahmen in den ersten drei Monaten des Jahres befriedigende gewesen seien dergestalt, daß aus ihnen nicht nur die laufende Rentenlast mit 1,2 Millionen Reichsmark monatlich von der Landesversicherungsanstalt Schlesien selbst gedeckt werden konnte, sondern daß daneben noch genügende Ueberschüsse zur Bestreitung der Verwaltungskosten und der freiwilligen Leistungen vorhanden gewesen seien. Sobald die finanzielle Lage sich nach Abtragung der Schuld an die Reichspost geklärt habe, werde die Landesversicherungsanstalt sodann bei günstiger Lage sofort ihre freiwilligen Leistungen und das Heilverfahren in dem alten Umfange wieder ausbauen wie in der Zeit vor der Inflation. Daneben aber werde sie auch wieder in großzügiger Weise Wohnungsfürsorge durch Hingabe von hypothekarischen Darlehen zu niedrigen Zins- und Amortisationssätzen betreiben müssen; denn man müsse sich bei der Heilfürsorge immer wieder vor Augen halten, daß die Bekämpfung der Volksseuche, der Tuberkulose, nur dann mit Erfolg durchzuführen sei, wenn man die Eigenschaft der Tuberkulose als Wohnungskrankheit wieder in den Vordergrund stelle und das Uebel an der Wurzel packe, indem man gesunde Wohnungen schaffe. Was nützten alle noch so glänzenden Kurerfolge in den Heilstätten, wenn die Patienten nachher in die ungesunden, feuchten, sonnenlosen Wohnstätten zurückkehren müßten. Zum Jahreshaushalt selbst referierten sodann für die Etatskommission Fabrikbesitzer Dr. Bamberg-Oberlangenbielau, als Vertreter der Arbeitgeber, Gewerkschaftssekretär Carl-Neustadt, als Vertreter der Versicherten. In der Diskussion brachten noch besondere Wünsche bezüglich des Ausbaues des Heilverfahrens und bezüglich des Betriebes der Heilstätten der Landesversicherungsanstalt vor die Ausschußmitglieder: Verwaltungsdirektor Tilgner-Liegnitz und Expedient Zappe-Waldenburg. Der Jahreshaushalt der Landesversicherungsanstalt Schlesien für 1925 wurde sodann in Einnahme und Ausgabe auf 20 837 000 Reichsmark festgesetzt.

Brückenzoll an den staatlichen Brücken.

Vom Oberpräsidium wird mitgeteilt: Seit einiger Zeit verweigern einige Kraftfahrzeugführer beim Passieren der staatlichen Brücken den Brückenzoll. Sie berufen sich hierbei auf das in einem Strafverfahren wegen Hinterziehung von Verkehrsabgaben ergangene freisprechende Urteil des Kammergerichts vom 18. November 1924. Diese Entscheidung ist, wie die Begründung erkennen läßt, lediglich für die Jahrhundertbrücke in Oppeln ergangen. Eine Ausdehnung der Entscheidung auf andere Brücken ist deshalb nicht angängig, zumal da die Rechtsverhältnisse der Brücken nicht überall gleichartig sind. Es ist deshalb an allen sonstigen staatlichen Brücken, an denen Zollpflicht besteht, nach wie vor der tarifmäßige Brückenzoll zu entrichten. Die Kraftwagenbesitzer und -Führer werden darauf hingewiesen, daß bei Hinterziehung des Brückengeldes dessen zwangsweise Einziehung und gegebenenfalls die Bestrafung der Schuldigen auf Grund des Gesetzes betreffend Hinterziehung und Ueberhebung von Verkehrsabgaben vom 2. Mai 1900 erfolgen muß.

Der Wünschelburger Mörder verurteilt.

Am Donnerstag wurde von dem Glatzer Jugendgericht das Urteil gegen den jugendlichen Verbrecher Pietsch gefällt, der den Registrator Franz Kuschel am 5. Februar dadurch ermordete, indem er sein Opfer mit einem Schlüssel erschlug und dann so lange in das niedrige Grabenwasser drückte, bis sein Opfer kein Lebenszeichen mehr von sich gab.

Pietsch ist der Sohn eines kleinen Stellenbesitzers aus Kolonie Neuhäuser bei Wünschelburg, im Jahre 1908 geboren und hat die Volksschule in Wünschelburg besucht. Im Jahre 1922 wurde er als Bürolehrling bei der Stadt angestellt, blieb ein Jahr bei der Stadthauptkasse und wurde dann im Meldebüro und später bei der Abteilung des Gaswerks beschäftigt. Im Gaswerk beging er die ersten Verfehlungen, indem er 82,56 Mark, die für Koks vereinnahmt waren, durch falsche Buchungen übrig machte und für sich verwandte.

Der Vertreter der Anklage, Staatsanwaltschaftsrat Sprotte, hielt den Angeklagten für schuldig des Mordes in Tateinheit mit Raub. Er war sich seiner Tat voll bewußt, und nun, weil er sich im jugendlichen Alter befindet, wird er milder bestraft. Er beantragte die Höchststrafe von 10 Jahren Gefängnis. Der Verteidiger des Angeklagten, Justizrat Mamroth-Breslau, trat für § 5 des Jugendgesetzes ein und beantragte Unterbringung in eine sehr strenge Erziehungsanstalt, damit dem Angeklagten noch einmal Gelegenheit gegeben wird, ein anständiger Mensch zu werden. Nach längerer Beratung verkündete das Gericht folgendes Urteil:

Der Angeklagte wird wegen Mord in Tateinheit mit Raub, Unterschlagung, einfachen Diebstahls, fortgesetzten schweren Diebstahls und versuchten schweren Diebstahls zu einer Gesamtstrafe von 8 Jahren Gefängnis verurteilt, wovon 2 Monate durch die Haft verbüßt sind.

Die Gegensätze in der oberschlesischen Industrie

haben sich während der deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen verschärft. Das Uebergewicht der Schwerindustrie in den industriellen Organisationen hat auch bei den Verhandlungen die Interessen der Fertigwarenindustrie in den Hintergrund gerückt und ihr praktisches Bedürfnis nach einem deutsch-polnischen Ausgleich schwer verletzt. Der Konflikt hat jetzt dazu geführt, daß der Generaldirektor Werner von der Schlesischen Gesellschaft seine Aemter im Berg- und Hüttenmännischen Verein Gleiwitz und im Oberschlesischen Kohlensyndikat niedergelegt hat, weil er die Stellungnahme der leitenden Männer beider Organisationen, der der Borsiggruppe nahestehenden Herren Euling und Stähler, in der Frage des Kohlenbezugs aus Polnisch-Oberschlesien nicht vertreten will. Der gleiche Schritt wird für die Generaldirektoren Piler von den Ballestrem-Werken und Williger von der Preußengrube angekündigt. Desgleichen befindet sich andre deutsche Werke, wie Gieches Erben und Hohenlohe-Gesellschaft in Kampffront gegen die rücksichtslose Interessenvertretung der Schwerindustrie.

Glogau. Waldbrände in Niederschlesien. Im Glogauer Kreise gab es am Karfreitag zwei Waldbrände. Der eine brach am Vormittag im Eichwald bei Jakobskirch aus, der zweite nachmittags im Borkauer Dominialforst, und beide richteten erheblichen Schaden an, ehe sie niedergekämpft werden konnten. Im Grünberger Kreise wurden in voriger Woche gegen zwei Morgen zur Herrschaft Sandor gehöriger, etwa 30jähriger Waldbestand durch Feuer vernichtet. In allen drei Fällen waren die Brände offenbar durch Rauchen im Walde bzw. leichtsinniges Wegwerfen glimmender Zigarren- oder Zigarettenstummel verursacht worden.

Waldenburg. Einen erschütternden Einblick in die Wohnungs- und Familiennot gibt ein von kirchlicher Seite gegebener Bericht über die Wohnungsverhältnisse im Industriebezirk. Bei Hausbesuchen ist festgestellt worden: Eine Familie, neun Personen, bewohnt ein Zimmer von etwa 14 Quadratmetern; sie besitzt drei Betten und eine Wiege. Die Kinder sind im Alter von 15, 13, 11, 10, 4, 3 und 2 Jahren.

Hohberg. Attentat auf das Schwesterchen. Der fünfjährige Junge einer hiesigen Saisonarbeiterfamilie ging in einem unbewachten Augenblick auf sein kleines schlafendes Schwesterchen mit einer Axt los, um es „in den Hals zu hacken". Er trennte ihm 2 Finger ab, ein weiterer ist schwer verletzt.

[illegible] mann. Der Verteidiger des seinerzeit wegen der Ermordung der Emma Sander zu einer 12jährigen Gesamt-Zuchthausstrafe verurteilten Fleischers Trautmann hat das Wiederaufnahmeverfahren beim Glatzer Landgericht eingeleitet. Das Gericht hat dem Verfahren stattgegeben, jedoch hat die Staatsanwaltschaft gegen den Beschluß Beschwerde eingelegt, worüber nun das Oberlandesgericht in Breslau zu entscheiden hat. Die Ermordung der Emma Sander wird bekanntlich dem Münsterberger Dr. [illegible] zur Last gelegt.

Guhrau. Tödlicher Unfall. In Seifersdorf geriet eine Dienstmagd mit der Schürze an die ungesicherte Transmissionswelle eines Göpels. Sie wurde herumgeschleudert und erlitt so schwere Kopfverletzungen, daß der Tod auf der Stelle eintrat. Die Verunglückte hinterläßt drei unversorgte Kinder.

Konzerte.

Lieder- und Arienabend Mattia Battistini.

So oft versprochen, so oft das Versprechen gebrochen, Mattia Battistini, der König der Baritone, endlich doch in Breslau gekommen! Wie alt ist eigentlich Battistini? [illegible] sagt, ein hoher Sechziger. Man merkt ihm seine Jahre höchstens an den Bewegungen an. Wenn [illegible] aber singt, ist er der junge. Wie viele Sänger können das von sich behaupten? [illegible] hat bei Battistini das Gefühl, als sei ihm das Singen eine Lebensnotwendigkeit, wie anderen Sterblichen das Essen und Trinken, als sei er überhaupt nur in diese Welt hineingeboren um zu singen und als sei das Singen die allernatürlichste Funktion. Es ist ja schließlich für einen Gesangskünstler das allergrößte Lob, wenn man von ihm behaupten kann, sein Singen wirke so natürlich, daß man meint, man könne es sofort nachmachen.

Dieser Abend war ein Fest und man kann in die Versuchung geraten, den Nachgeschmack jedes einzelnen der gebotenen Genüsse andächtig auf der Zunge zergehen zu lassen, einen schier unendlichen Atem, sein gleichmäßig instrumental geführtes Legato, sein virtuoses Portamento, sein flitzendes, schalkhaft bezaubernde Parlando, sein klangsattes, Vibrato mit dem sonoren Timbre der Tiefe oder dem tenoralen Glorienschein der Höhe, oder ob man sich auch das Erlebnis in seiner Ganzheit im Innern einkapselt und von dem Bewußtsein zehren, eines Wunders, eines lebenshaftigen Wunders teilhaftig geworden zu sein. Es gibt eben jenseits aller Schulweisheit Dinge, wo Schweigen tausendmal beredter ist als die schönsten, wohlgesetzten Worte. gh

Aus der Geschäftswelt.

Was ist das Dr. Scholl-System?

Im Schuhhaus **Klausner, Ohlauerstraße 5/6,** wird vom 15. 4.—5. 5. ein sachverständiger Fußspezialist kostenlos Rat und Auskunft über alle Fußleiden erteilen. — Es handelt sich hierbei um das sogenannte Dr. Scholl-Fußpflege-System, das sich seit über 20 Jahren in Amerika und England mit großem Erfolg durchgesetzt hat. Ständig sind dort Hunderte von Aerzten unterwegs, um in den großen Schuh-Geschäften ihre Konsultationen abzuhalten und das Personal über den Schuhverkauf zu instruieren. Denn es ist klar, daß ein Hohlfuß bezw. Spreizfuß eine ganz andere Schuhform verlangt, wie ein Senkfuß bezw. Plattfuß. Es ist gar kein Zweifel, daß eine große Schuld für die vielen Fußleiden, die man in Deutschland trifft, dem Kriegsschuhwerk zukommt. Denn damals hat man die Schuhe nicht nach Zweckmäßigkeit, sondern nach Vorrat verkauft. Die Folgen sind heute in dem enorm verbreiteten Krallenfuß und in der Ballenbildung, die die Quellen ständiger Schmerzen für den betreffenden Menschen sind.

Familien-Anzeigen

Deutscher Holzarbeiter-Verband.

Am 14. April verstarb unser Freund und Verbandskollege, der **Vergolder**

Max Goldstein

im Alter von 78 Jahren.

Ein ehrendes Andenken bewahren ihm

Die Mitglieder der Verwaltungsstelle Breslau.

Beerdigung: Sonnabend, den 18. April, nachmittags 3 Uhr, von der Leichenhalle des Maria-Magdalenen-Friedhofes. 1924

Deutscher Baugewerksbund.

Am 13. April verstarb unser Mitglied, der **Ofensetzer**

Oswald Giersch

im Alter von 59 Jahren.

Ehre seinem Andenken!

1924a **Die Ortsverwaltung.**

Beerdigung: Freitag, den 17. April, nachmittags 4½ Uhr, von der neuen Halle in Oswitz.

Zurückgekehrt

Dr. Landsberger

Facharzt für Lungenkranke

Höfchenstraße 27 a. 1935

Tüchtige Näherinnen

auf Kostarjacken z. Hosen u. einen Bügler sucht **Liepelt, Friedrichplatz 2.** 1947

Zuschneiderinnen

für Damenwäsche

auch aus der Engrosbranche, werden zum baldigen Antritt in Dauerstellung gesucht. Bei zufriedenstellenden Leistungen dauernde Stellung und gute Bezahlung. Ausführliche schriftl. Angebote an

Leinenhaus Bleischoeskty

Breslau. 1932

Anerkannt gut und billig

sind meine **Damenstrümpfe „Forelle"** 1935

Marke **„Forelle"**, meine **Kinderstrumpf**-Marken **„Schulstrumpf"** u. **„Sarstein"**

Hugo Neumann

61 Friedrich-Wilh.-Str. 61
und
117 Frankfurter Str. 117
(Kaufh. Leviathan)

Druckerei Volkswacht

Moderne, zweckmäßige und saubere Ausführung aller Drucksachen preiswert und bei kürzester Lieferzeit

Breslau 2, Flurstraße 4-6

Fechenbachs Zuchthausbuch

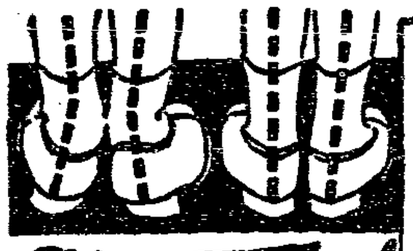
„Im Haus der Freudlosen"

Preis ca. 3.30 Mark

Vorbestellungen sind erwünscht

Buchhandlung Volkswacht,

Breslau 3, Neue Graupenstraße 5.



Stechen im Ballenteil und Ferse, Ziehen und rheumatismusartige Schmerzen, Brennen der Fußsohle, Senkfuß, Knick- u. Spreizfuß, Wadenkrampf, Hammerzehen, Fußgeschwulst, hartnäckige Hühneraugen, schwache Gelenke, rasche, vorzeitige Ermüdung, Neuralgie.

Die Füßchen Ihres Kindes

tragen bereits jetzt das Leiden, das Ihnen Schmerzen bereitet, verborgen in sich.

Elternpflicht

ist es, jetzt rechtzeitige Maßnahmen zu ergreifen, um dem Fußleiden vorzubeugen

Dr Scholl's Fuß-Pflege-System

hat als wichtigsten Punkt sich die gewissenhafte Untersuchung und Aufklärung des Publikums hinsichtlich der Entstehungs-Ursachen, der sicheren und dauernden Behebung und nicht zuletzt Vorbeugung der Leiden nach wissenschaftlichen Prinzipien zur Aufgabe gemacht, welche durch das Zusammenarbeiten von Aerzten und Schuhfachleuten intensiv gefördert wird.

Die Heilbehelfe werden der besonderen Eigenheit jedes einzelnen Fußes individuell angepaßt und als ideale Heil- und Vorbeugungsmittel in allen Fällen anerkannt.

Kostenlos

steht Ihnen in der Zeit vom 15. 4.—5. 5. in unserem Geschäftslokal ein

Arzt

der Deutschen Scholl-Werke G. m. b. H., Frankfurt a. M., zur gewissenhaften und sachgemäßen, für Sie unverbindlichen Beratung und Untersuchung zur Verfügung.

Klausner, Schuhwarenhausgesellschaft,

BRESLAU, Ohlauer Straße 5/6.

Inserate erzielen in der "Volkswacht" den größten Erfolg

Arbeitsmarkt

Schulentlassener jungen Lippert, Scheitnigstraße 18.

Saubere Hausfrauenstelle [illegible] Bismarckstraße 34, 5. III.

Näherinnen

für Berufskleidung u. Windjacken für meine Werkstatt gesucht

Mechan. Berufskleiderfabrik Breslau

Inh. Ernst Juliusburger

Gräbschener Straße 37. 1911